

Widerspruch

DIE LINKE. PDS

www.linke-oder-spree.de

Oder-Spree

Womit wir im neuen Jahr rechnen müssen

Wichtige gesetzliche Neuregelungen ab 1. Januar 2007



Zeichnung: Klaus-Georg Przyklenk

Das Jahressteuergesetz 2007 ändert 19 Gesetze und Verordnungen, unter betrifft das folgende Bereiche:

- **Mehrwertsteuer:** Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent. Ausgenommen hiervon sind jedoch z.B. Lebensmittel, für die der ermäßigte Satz von sieben Prozent unverändert bestehen bleibt.
- **Versicherungssteuer:** Erhöhung der Versicherungssteuer um drei Punkte auf 19

Prozent. Dies gilt u.a. für die private Haftpflichtversicherung sowie die Kfz-Versicherung. Abweichend davon steigt der Steuersatz bei Feuerversicherungen auf 14 Prozent, was Auswirkungen auf Wohngebäude- und Hausratversicherungen hat. Von der Steuererhöhung ausgenommen sind Lebens-, Renten- und Krankenversicherungen.

- **Sparerfreibetrag:** Anleger müssen künftig einen höheren Teil ihrer Sparzinsen ans Finanzamt abführen. Der Sparerfreibetrag wird von 1370 auf 750 Euro für Ledige und von 2740 auf 1500 Euro für Verheiratete abgesenkt. Das heißt, künftig werden Steuern auf Zinsen ab einem niedrigeren Betrag fällig. Der Werbungskostenpauschbetrag in Höhe von 51 Euro pro Person bleibt unverändert.

Aus dem Inhalt:

- Abgeordnete besuchen Kinderbauernhof Schöneiche 5
- Verfassungsschutz überwacht LINKE. .7

- Wir sind auf einem guten Weg 12
- Solidarpakt allein reicht nicht 16
- DIE LINKE. will ein demokratisches und soziales Europa. 17
- Geschonnecks Jahrhundert 27

- **Pendlerpauschale:** Die Pendlerpauschale für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte ist künftig nicht als Werbungskosten oder Betriebsausgaben abziehbar. Um Härten für Fernpendler zu vermeiden, wird künftig ab dem 21. Kilometer eine Entfernungspauschale von 30 Cent pro Kilometer als Sonderausgabe gewährt, die wie Werbungskosten behandelt wird. Die neuen Regeln gelten auch für Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs. Bus- und Bahnfahrer erhalten ab 2007 nur noch die maximale Entfernungspauschale von 4 500 Euro.
- **Arbeitszimmer:** Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer können nur noch dann als Betriebsausgaben oder Werbungskosten beim Fiskus geltend gemacht werden, wenn es im Mittelpunkt der gesamten betrieblichen oder beruflichen Tätigkeit steht. Demnach können Lehrer kein Arbeitszimmer mehr absetzen.
- **Sonn- und Feiertagszuschläge** bleiben (bis zu einem Grundstundenlohn von 50 Euro) steuerfrei. Sozialversicherungsbeiträge sind zu entrichten, wenn der Stundenlohn mehr als 25 Euro beträgt. Bei den sog. Minijobs wird eine Erhöhung der pauschalen Sozialversicherungsabgabe von bisher 25 auf 30 Prozent eingeführt.
- **Reichensteuer:** Erhöhung des Spitzensteuersatzes um drei Prozent auf Einkünfte oberhalb von 250 000 Euro für Ledige und 500 000 Euro für Verheiratete, um auch Spitzenverdiener angeblich an der Konsolidierung des Haushaltes zu beteiligen. Ausgenommen sind die unternehmerischen Gewinneinkunftsarten, d. h., Freiberufler und Selbständige werden von der Reichensteuer nicht erfasst.
- **Arbeitslosenversicherung:** Die Anhebung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent zu Beginn des neuen Jahres soll dem Bundeshaushalt im ersten Jahr rund 19,4 Milliarden Euro und in den Folgejahren 23,3 Milliarden Euro Mehreinnahmen bringen. Ein Drittel der Einnahmen ist zur Mitfinanzierung der Senkung der Sozialabgaben vorgesehen. So soll der von Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu tragende Beitragssatz für die Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,2 Prozent gesenkt werden. Dadurch kommt es zu einer Entlastung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber von gut 17 Milliarden Euro

Für Arbeitslose treten ab 1. Januar 2007 in der Sozialgesetzgebung eine Reihe von gesetzlichen Neuregelungen in Kraft:

- **Vermittlungsgutscheine:** Arbeitssuchende mit Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben unter bestimmten Voraussetzungen auch im kommenden Jahr Anspruch auf einen Vermittlungsgutschein, den die Agenturen für Arbeit ausstellen. Einen Vermittlungsgutschein können weiterhin auch Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen (ABM/SAM, SVT, MAE) beanspruchen. Mit diesem Gutschein werden im Erfolgsfall die Leistungen eines privaten Arbeitsvermittlers honoriert. Die entsprechende gesetzliche Regelung, die bis zum 31. Dezember 2006 befristet war, wurde bis zum 31. Dezember 2007 verlängert.
- **Sanktionen:** Ab dem 1. Januar 2007 verschärfen sich für die Bezieher von Arbeitslosengeld II (ALG II) die Regelungen zur Sanktionierung von Pflichtverletzungen. Ab dem Jahreswechsel gilt, dass die zweite Pflichtverletzung eine Absenkung der maßgeblichen Regelleistung um 60 Prozent und jede weitere wiederholte Pflichtverletzung

einen kompletten Wegfall aller Leistungen (Regelsatz und Leistungen für Unterkunft und Heizung) für jeweils drei Monate zur Folge hat. Eine wiederholte Pflichtverletzung liegt dann vor, wenn der Bezieher der Leistung innerhalb eines Jahres nach Beginn des vorangegangenen Sanktionszeitraumes Anlass für weitere Sanktionen gegeben hat. Nur in Ausnahmefällen kann die Minderung des ALG II ab der dritten Pflichtverletzung auf 60 Prozent begrenzt werden.

Für Personen, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, entfällt der Anspruch auf alle Leistungen bereits bei der zweiten Pflichtverletzung für drei Monate. In Ausnahmefällen werden dieser Personengruppe die Leistungen für Unterkunft und Heizung in vollem Umfang weiter gezahlt.

- **Berücksichtigung von Pflegegeld als Einkommen bei der Berechnung des ALG-II-Leistungsanspruchs:** Pflegegeld für die Betreuung von Pflegekindern wird nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) sowohl bei Vollzeit- als auch bei Tagespflege gezahlt. Dieses Pflegegeld setzt

sich aus einem Aufwendungsersatz und einem Erziehungsbeitrag zusammen. Der Aufwendungsersatz stellt kein Einkommen der Pflegeperson dar. Ab dem 1. Januar wird der Erziehungsbeitrag für das erste und zweite Pflegekind gar nicht, für das dritte Pflegekind zu 75 Prozent und für jedes weitere Pflegekind in voller Höhe als Einkommen der Pflegeperson angerechnet.

- **Rentenversicherung:** Grundsätzlich sind Bezieher des ALG II in der gesetzlichen Rentenversicherung weiterhin pflichtversichert. Für sie wird auf-

Aus dem Beschluss des Parteivorstandes vom 4. Dezember 2006

Ehrung für Rosa und Karl

**Sonntag, dem 14. Januar 2007, 9–13 Uhr
Gedenkstätte der Sozialisten, Berlin-Friedrichsfelde**

1. Der Parteivorstand betrachtet das stille Gedenken in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde, die Demonstration zur Gedenkstätte sowie die Kranzniederlegung am Landwehrkanal als Bestandteile der Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht anlässlich des 88. Jahrestages ihrer Ermordung.
2. Der Parteivorstand ruft die Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten der Linkspartei.PDS auf, an der Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht teilzunehmen.
3. Der Parteivorstand trifft sich am Sonntag, dem 14. Januar 2007, um 9.15 Uhr zum stillen Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde.



grund gesetzlicher Neuregelungen ab dem 1. Januar ein monatlicher Beitrag in Höhe von 40 Euro (bisher 78 Euro) abgeführt. Neu ab dem Jahreswechsel ist, dass für Personen, die neben ALG-II-Leistungen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung oder eine sozialversicherungspflichtige selbstständige Tätigkeit ausüben, diese Versicherungspflicht nicht mehr eintritt. Dies gilt auch für Bezieher von Krankengeld, Verletztengeld, Versorgungskrankengeld, Übergangsgeld oder ALG I. Damit wird eine Doppelversicherung verhindert.

- **Neue EU-Mitglieder:** Bulgarien und Rumänien treten am 1. Januar der EU bei. Auch nach dem Beitritt besitzen Staatsangehörige dieser Staaten noch nicht die volle Freizügigkeit und dürfen in Deutschland nur dann eine Arbeit aufnehmen, wenn sie bei ihrer zuständigen Agentur für Arbeit eine so genannte „Arbeitsgenehmigung-EU“ erhalten haben.

Weitere Änderungen der Sozialgesetzgebung ab 1. Januar 2007 betreffen

- **Das Kindergeld:** Die Altersgrenze für die Gewährung von Kindergeld bzw. kindbedingten Freibeträgen ist für volljährige Kinder, die bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen noch berücksichtigt werden können, ab dem Geburtsjahr 1983 auf die Zeit vor Vollendung des 25. Lebensjahres abgesenkt worden. Für Kinder der Geburtsjahrgänge 1980 bis 1982 und für Kinder, welche die Voraussetzungen für einen sog. Verlängerungstatbestand erfüllen, gelten Übergangsregelungen. Sind die Voraussetzungen für den Anspruch auf Kindergeld bzw. die Freibeträge für Kinder nicht mehr erfüllt, können die Unterhaltsleistungen der Eltern an das Kind grundsätzlich als außergewöhnliche Belastung nach § 33a Abs. 1 EStG bis zu einem Höchstbetrag von 7 680 Euro – unter Anrechnung von eigenen Einkünften und Bezügen des Kindes, die 624 Euro übersteigen – im Kalenderjahr berücksichtigt werden, wenn das Kind kein oder nur ein geringes Vermögen besitzt.

Die Neuregelung der Familienförderung: Das Elterngeld ersetzt ab Januar 2007 das bisherige Erziehungsgeld. Es handelt sich beim Elterngeld um eine Lohnersatzleistung, deren Höhe sich am Einkommen des betreuenden Elternteils orientiert. Anspruch auf Elterngeld haben grundsätzlich alle Eltern, deren Kind ab dem 1. Januar 2007 geboren wurde. Eltern von Kindern, die bis zu diesem Stichtag geboren wurden, haben weiterhin ggf. Anspruch auf Erziehungsgeld nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz. Das Elterngeld kann nicht nur von bisher in einem Arbeitsverhältnis tätigen Elternteilen in Anspruch genommen werden, sondern auch dann, wenn die Eltern selbstständig tätig oder arbeitslos sind.

- **Die Rentenbeiträge:** Der Beitragssatz zur Staatlichen Rentenversicherung steigt im kommenden Jahr von 19,5 auf 19,9 Prozent. Damit sollen die Einnahmen der Rentenkasse stabilisiert werden. Eine Renten Anpassung gibt es trotzdem nicht. Auch das sollten Sie wissen:

Alle Geräte, die Rundfunk (Fernsehen oder Hörfunk) nicht über herkömmliche Übertragungswege, sondern nur über das Internet empfangen können, gelten als neuartige Rundfunkempfangsgeräte. Sie werden ab 1. Januar 2007 rundfunkgebührenpflichtig. Dazu zählen vor allem: internetfähige PC, Laptops und UMTS-fähige Mobiltelefone und PDAs. Diese Neuregelung bringt für diejenigen zusätzliche Belastungen, die bislang kein herkömmliches Rundfunkempfangsgerät hatten – und somit auch noch keine Rundfunkgebühr gezahlt haben. Gebührenpflicht besteht auch dann, wenn das internetfähige Gerät nicht zum Empfang von Rundfunkdarbietungen genutzt wird und kein Anschluss an das Internet besteht. Die potenzielle Möglichkeit zum Internetzugang ist ausreichend. Für diese Geräte ist monatlich die Grundgebühr in Höhe von 5,52 Euro an die GEZ abzuführen. Wenn bereits ein Radio oder Fernsehgerät angemeldet ist, entstehen keine zusätzlichen Gebühren durch internetfähige Geräte.

Abgeordnete besuchen Kinderbauernhof Schöneiche

Den Hilferuf in der örtlichen Presse hatte der Bundestagsabgeordnete Lothar Bisky (DIE LINKE.) gelesen und kurzerhand seine Unterstützung zugesagt. Durch einen Einbruch und – sicher witterungsbedingt – einen spürbarer Besucherrückgang ist der Kinderbauernhof „Storchenwiese“ in Schöneiche in finanzielle Not geraten. Und so nutzte Lothar Bisky seinen Arbeitsbesuch beim Bürgermeister von Schöneiche, Heinrich Jüttner, um eine kurzen Abstecher in dem beliebten Projekt zu machen. Gemeinsam übergab er mit seiner Landtagskollegin, Renate Adolph, eine gefüllte Futterkiste und 200 € als Geldspende. „Der Kinderbauernhof ist in Schöneiche und weit darüberhinaus eine wichtige Einrichtung für die Kinder im Ort. Diese Attraktion gehört mit zu den vielen Angeboten, die Schöneiche zu dieser liebenswerten Kommune machen.“ Wer ebenfalls dem Kinderbauernhof helfen möchte für den hat der Bundestagsabgeordnete einen einfachen Rat: „Besuchen Sie einfach mal wieder den Kinderbauernhof! Dann haben sie viel Spaß und helfen mit dem Eintritt der ‚Storchenwiese‘“ so Lothar Bisky.



Lothar Bisky, Renate Adolph und die Mitarbeiterinnen des Kinderbauernhofs Steffi Barnheide und Karin Gottschalk (v.l.)

Koalitionsabgeordnete Elisabeth Alter (SPD) und Detlef Karney (CDU) stimmten im Landtag für die Schließung der Polizeiwache Beeskow

In der vom Beeskower Landtagsabgeordneten Stefan Sarrach (Die Linke.PDS) initiierten Gesprächsrunde zur Wachenschließung am 11. 12. 2006 wurde von den anwesenden Bürgern und Kommunalpolitikern die Forderung erhoben, über das Abstimmungsergebnis aller regionalen Landtagsabgeordneten hierzu weiter informiert zu werden.

Abg. Sarrach hatte am Montag ausgeführt, dass während der Haushaltsberatungen in dieser Woche u.a. über den Einzelplan des

Innenministeriums die Entscheidung des Ministers Schönbohm parlamentarisch nachvollzogen werden sollte, die Wache zu schließen, indem der zugrunde liegenden Stellenreduzierung bei der Polizei im Polizeipräsidium Frankfurt (Oder) zugestimmt wird. Die Koalitionsabgeordneten Elisabeth Alter (SPD) und Detlef Karney (CDU) stimmten heute im Landtag gegen den Antrag von Stefan Sarrach und Fraktion Die Linke.PDS, diese Stellenreduzierung bei der Polizei aufzuhe-

ben. Somit ist parlamentarisch durch diese Abgeordneten – unbeeindruckt vom Willen der mehr als 6000 Unterzeichner der Unterschriftensammlung – Schönbohms Entscheidung bestätigt worden, die Wache zum 31. 12. 2007 dicht zu machen. In der Debatte warf Minister Schönbohm dem Abgeordneten Sarrach vor, in Beeskow Unruhe stiften zu wollen und sich nicht richtig informiert zu haben.

Stefan Sarrach hierzu: „Minister Schönbohm, nie um starke Worte verlegen, denunziert mich als Kritiker seiner angeblich alternativlosen Wachenschließung als unin-

formierten Störer seiner verordneten Ruhe. In der Tat starke Worte von einem Minister, der selber nicht bereit war, vor Ort den Bürger zu ihren Fragen Rede und Antwort zu stehen und der keine Zeit hatte, den Beeskower Bürgermeister und Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung in Potsdam zu empfangen. Bedauerlich ist nur, dass die Kollegen Alter und Karney als Statisten in diesem unwürdigen Spiel mitwirken. Aber keine Aktivität und keine einzige Protestaktion wird umsonst gewesen sein, denn ich bleibe an diesem Thema dran“.

Stefan Sarrach, 13. 12. 2006

Ministerium schwänzt die Diskussionsrunde

Die beabsichtigte Schließung der Polizeiwache in Beeskow war heute Thema eines Podiumsgesprächs, zu dem der Landtagsabgeordnete Stefan Sarrach (Linkspartei.PDS) eingeladen hatte. Als Gesprächspartner waren Polizeipräsident Klaus Kandt und Burghard Neumann, Leiter der Schutzbereiches Oder-Spree/Frankfurt (Oder), sowie Vertreter der Gewerkschaft der Polizei erschienen. Auch Bürgermeister Fritz Taschenberger und Stadtverordnetenvorsteher Siegfried Busse nahmen teil.

Mit exakt 6319 Unterschriften gegen die Schließung der Beeskower Polizeiwache sind Bürgermeister Fritz Taschenberger und Stadtverordnetenvorsteher Siegfried Busse gestern nach Potsdam gefahren.

Am Abend zuvor sollte eine Podiumsdiskussion mit dem Polizeipräsidenten und dem Schutzbereichleiter in der Kupferschmiede klären, wie künftig die Polizeiarbeit in der Kreisstadt organisiert wird. „Die Entscheidung ist gefällt. Für Beeskow gibt es auch nicht mehr die Alternative einer Tageswache“, sagt der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Andreas Schuster, gegen Ende der Podiumsdiskussion. Damit sprach der Gewerkschaftsvertreter aus, was mit der Unterschriften-Aktion eigentlich noch verhindert werden soll. Schlimm sei, so Schuster, dass die Entscheidung an den Bürgern vorbei gefällt wurde. Dem Publikum in der Kupferschmiede wollte diese Entscheidung indes auch keiner der Verantwortlichen erklären.

Das Innenministerium – obwohl eingeladen – hatte keinen Vertreter geschickt. Ge-

kommen waren aber Polizeipräsident Klaus Kandt und Schutzbereichleiter Burghard Neumann, die erklären sollten, wie Polizeiarbeit in Beeskow künftig organisiert wird. Um politische Bewertungen ging es nicht. „Es ist nicht meine Rolle, den Minister zu bewerten. Es geht für mich darum, angesichts der harten Personaleinsparungen künftig die Polizeiarbeit zu organisieren“, so der Polizeipräsident. „Und jetzt sind wir an einem Punkt, wo wir organisatorische Schnitte machen müssen“, sagt Kandt. Man werde bis 2012 mit sechs Wachenschließungen nicht hinkommen, um die Personaleinsparungen in der Polizei zu realisieren. „Auf einem Papier stehen 20 der 54 Wachen in Brandenburg zur Disposition.“

Schutzbereichleiter Burghard Neumann beteuerte, dass in Beeskow „sämtliche Elemente einer Wache weitergeführt werden“. So werde es neben einem Wachdienst auch einen Revierdienst und eine kriminalpolizeiliche Sachbearbeitung geben. Der Wachdienst werde für den Beeskower Raum von den Kol-

legen in Eisenhüttenstadt und Fürstenwalde organisiert. „Wir möchten sicherstellen, dass in Beeskow auch künftig ständig ein Streifenwagen präsent ist“, so der Leiter des Polizeischutzbereiches Oder-Spree/Frankfurt (Oder). Allerdings sei, so gab Neumann zu, ein Streifendienst etwa in Friedland mit dem bestehenden Wachenpersonal bereits jetzt schon nicht mehr möglich. Für Kopfschütteln im Publikum sorgte indes der Vorschlag von Kandt, dass eine mobile Wache, ein technisch voll ausgerüsteter Streifenwagen, auf dem Markt stehen könnte.

In Beeskow verbleibt indes die Hoffnung, dass Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) seine Entscheidung zurücknimmt. „6319 Unterschriften bezeugen, dass die Menschen in dem Fall nicht mitgenommen wurden“, sagt Stadtverordnetenvorsteher Siegfried Busse. Man hätte die Diskussion im Vorfeld füh-

ren müssen. Gestern war der Vorsitzende des Stadtparlaments zusammen mit Bürgermeister Fritz Taschenberger im Innenministerium, um die Listen zu übergeben. „Der Innenminister und sein Staatssekretär hatten keine Zeit für einen Termin. Jetzt haben wir bei einem Abteilungsleiter vorgesprochen“, berichtet Taschenberger. Das Bürgermandat sei da – für den Erhalt der Polizeiwache. Verärgert reagierten während der Diskussion auch anwesende Bürger.

„Die Verantwortlichen werden sich Vertrauen bei den Bürgern vergeben“, so der Landrat a. D. Jürgen Schröter. Und Sven Wiebecke vom Mittelstandsverein sagt: „Für uns Bürger spielt das subjektive Sicherheitsgefühl eine Rolle“. Eine Statistik, die wenig Fälle aufweise, könne auch umschlagen.

*Henning Kraudzun, Beeskow (GMD)
aus „MOZ“, 13. Dezember 2006*

Verfassungsschutz überwacht Linksfraktion

Der Verfassungsschutz bespitzelt offensichtlich die komplette Linksfraktion. Das geht aus der Antwort auf unsere Kleine Anfrage (Drs. 16/3763) hervor.

Die Bundesregierung bestätigt, dass Informationen über die parlamentarische Tätigkeit der Abgeordneten „sach- und personenbezogen in einer diesbezüglichen Sachakte festgehalten“ werden. Als Zweck der Bespitzelung wird genannt, „Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“ entgegenzutreten. Dabei wird den Abgeordneten der Linksfraktion unterstellt, es gebe „tatsächliche Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen“.

Angewandt erfolgt die Überwachung „ohne Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel“. Doch warum verweigert die Regierung dann Angaben zu den konkreten Inhalten der „Sachakten“? Wenn sie tatsächlich nur öffentlich zugängliche Quellen auswertet, warum befürchtet sie dann: „Bei Offenlegung der gespeicherten Informationen könnten vorliegend Rückschlüsse auf Erkenntnisstand und Arbeitsweise des BfV in Bezug auf die ‚Linkspartei.PDS‘ gezogen werden“? Weiterhin beharrt die Regierung darauf,

Näheres „nur in den dafür vorgesehen Gremien des Deutschen Bundestages“ mitzuteilen, also im Geheimdienstauschuss, der bekanntlich nur geheim tagt und zur Verschwiegenheit verpflichtet ist.

Die Überwachung ist ein Skandal. Damit werden über vier Millionen Wählerinnen und Wähler in die extremistische Ecke gestellt, ohne auch nur einen Anhaltspunkt für irgendwelche extremistischen Bestrebungen der Linken nachweisen zu können. Es ist wahr: Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. setzen sich konsequent für die sozialen Rechte aller in Deutschland lebenden Menschen ein, sie streiten gegen den Abbau politischer Freiheitsrechte und leisten Widerstand gegen die Kriegspolitik der Regierung. Das aber geschieht auf dem Boden des Grundgesetzes, in dem im Übrigen mit dem Sozialstaatsgebot, dem Verbot der Beteiligung der Bundeswehr an Angriffskriegen und den Grundrechten Grundsätze verankert sind, die die Bundesregierung verletzt. Angesichts dessen stellt sich die Frage, vor wem dann die Verfassung geschützt werden muss?

Ulla Jelpke, MdB, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. 22. 12. 2006

Für die Interessen der Menschen stark machen

Renate Adolph, Helga Böhnisch und Stefan Sarrach (alle MdL) berieten Wahlkreisarbeit in den Landkreisen Oder-Spree und Märkisch-Oderland



Jens Max, Helga Hummel, Dr. Thomas Römer, Helga Böhnisch, Brigitte Kemnar, Paul Rothe, Renate Adolph (v.l.)

Die bessere Ausgestaltung der Kommunen, Hartz-IV- und Arbeitsloseninitiativen sowie Jugend- und Freizeitprojekte werden wir weiterhin aktiv unterstützen. Das erklärten die drei direktgewählten Landtagsabgeordneten der Fraktion der Linkspartei.PDS aus LOS und MOL Renate Adolph, Helga Böhnisch und Stefan Sarrach sowie ihre Mitarbeiter. Auf einer Beratung im Bürgerbüro von Renate Adolph in Hoppegarten am 19. 12. 2006 erörterten sie, wie sie im kommenden Jahr ihre Wahlkreisarbeit noch besser vernetzen können und tauschten Erfahrungen aus.

So diskutierten sie, wie sie auch künftig mit vielfältigen Angeboten wie Sprechstunden nicht nur im Bürgerbüro, sondern auch auf Marktplätzen sowie mit thematischen Veranstaltungsreihen mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen, um deren Probleme, Ansichten und Hinweise kennen zu lernen. Wie können wir unsere Öffentlichkeitsarbeit verstärken, z.B. durch bessere Nutzung des Internet, war ein weiterer Diskussionspunkt des Arbeitsgespräches.

Auf allen parlamentarischen Ebenen in den Kommunen, im Kreis und im Land werden sie weiterhin ihre Möglichkeiten nutzen, um sich für die Interessen der Menschen stark zu machen. Dabei gilt es, mit allen politischen Akteuren, ob Bürgermeister oder Landrat, mit Vereinen, Verbänden und Institutionen eng zusammenzuarbeiten.

Die Abgeordneten werden außerdem das von ihrer Landtagsfraktion erarbeitete Leitbild für Brandenburg, mit dem allen Regionen eine Chance gegeben wird, mit vielen Bürgerinnen und Bürgern diskutieren.

Auf allen parlamentarischen Ebenen in den Kommunen, im Kreis und im Land werden sie weiterhin ihre Möglichkeiten nutzen, um sich für die Interessen der Menschen stark zu machen. Dabei gilt es, mit allen politischen Akteuren, ob Bürgermeister oder Landrat, mit Vereinen, Verbänden und Institutionen eng zusammenzuarbeiten.

Die Abgeordneten werden außerdem das von ihrer Landtagsfraktion erarbeitete Leitbild für Brandenburg, mit dem allen Regionen eine Chance gegeben wird, mit vielen Bürgerinnen und Bürgern diskutieren.

PDS-Bürgerbüros der direktgewählten Mitglieder des Landtages Brandenburg

- Renate Adolph, Mahlsdorfer Straße 61, 15366 Hoppegarten, OT Hönow, Tel. (030) 99 27 47 49, Fax (030) 99 27 47 43
- Helga Böhnisch, Lindenallee 30, 15890 Eisenhüttenstadt, Tel./Fax (033 64) 77 28 81
- Kerstin Osten, Cottbuser Str. 53 B, 15711 Königs Wusterhausen, Tel. (033 75) 2 10 84 18, Fax 29 36 23
- Stefan Sarrach, Schloßstraße 7, 15517 Füssenwalde, Tel. (033 61) 31 04 47, Fax 31 04 48, Bodelschwinghstr. 19, 15848 Beeskow, Tel./Fax (033 66) 2 02 02

Arbeitskreis „Linke Behindertenpolitik“ gegründet

Ein landesweiter Arbeitskreis „Linke Behindertenpolitik für das Land Brandenburg“ wurde von Mitgliedern und Sympathisanten der Linkspartei.PDS Brandenburg am 16. Dezember 2006 gegründet.

Ingeborg Kolodzeike, MdL, behindertenpolitische Sprecherin der Fraktion die Linke. PDS und Mitglied des Landesvorstands der Linkspartei.PDS hatte zur Gründungsveranstaltung in das Bürgerhaus Sternzeichen in Potsdam eingeladen. In der Diskussion über den Namen des Arbeitskreises stellte sich heraus, dass man mit „Linke“ im Namen, sich klar von der Behindertenpolitik der Landesregierung abheben möchte. Die Behindertenarbeit/-politik der Regierung wird systematisch herunter gefahren, stellte Frau Kolodzeike im Einführungsbeitrag fest. Ein Beispiel hierfür ist das jüngst von der Regierungskoalition beschlossene Gesetz zur Kommunalisierung der Eingliederungshilfe. Hierbei spart die Landesregierung wieder einmal auf Kosten der behinderten Menschen und der Kommunen.

Die zeitnahe Erarbeitung eines Arbeitsplanes für 2007, die Diskussion und Mitgestaltung des von der Linksfraktion vorschlagenden Leitbildes „Unsre Heimat, Dialog für ein Brandenburg der Regionen“ und die Durchsetzung der Parteitagbeschlüsse im Be-

zug auf Barrierefreiheit von Veranstaltungen der Linkspartei, waren nur einige der festgelegten Schwerpunkte für die künftige Arbeit des Arbeitskreises. Thomas Groß wurde von den Mitgliedern als Koordinator für den Arbeitskreis bestimmt.

Das nächste Treffen findet am **17. März, 11 Uhr im Potsdamer Bürgerhaus Sternzeichen** statt. Wir rechnen damit bzw. wünschen uns, dass sich weitere Interessierte mit Bereitschaft zur Mitarbeit bei uns melden.

Kontakt

Linkspartei.PDS Brandenburg
AK Linke Behindertenpolitik
Koordinator Thomas Groß
Alleestraße 3, 14469 Potsdam
Tel. (03 31) 20 00 90, Fax (03 31) 20 00 9 10
E-Mail: behindertenpolitik@linkspartei-pds-brandenburg.de

oder

Büro der Landtagsabgeordneten
Ingeborg Kolodzeike
Breite Straße 46, 16225 Eberswalde
Tel. (033 34) 38 47 37
Fax (033 34) 38 56 57
E-Mail: kolodzeike@pds-barnim.de

Grundpositionen der Linkspartei.PDS Brandenburg

Umgang mit öffentlich-rechtlichen Unternehmen und Beteiligungen

Auf einer gemeinsamen Veranstaltung von Landtagsfraktion, Landesvorstand und „kommunalpolitischem forum“ zur Eigentumsproblematik erarbeiteten sich die Teilnehmernachfolgende Positionen

Der Umgang mit öffentlichem Eigentum ist nicht nur Bestandteil der Diskussionen im Zusammenhang mit der Parteineubildung. Angesichts der Finanzausstattung der Kommunen nicht nur im Land Brandenburg, stehen auch Vertreter der Linkspartei.PDS

immer wieder vor Fragestellungen hinsichtlich des Umgangs mit kommunalen Unternehmen. Vor dem Hintergrund dieser aktuellen Diskussionen verständigten sich die Teilnehmer einer Veranstaltung des „kommunalpolitischen forum“ zu aktuellen Proble-



Fraktion DIE LINKE.PDS im Landtag gibt Durchblick

Was auf den „Runde Tisch zur Werteerziehung“ des Landesbildungsministeriums gehört

Sich wirklich kümmern – nicht wegschauen!

Die Linkspartei.PDS begrüßt prinzipiell einen breit angelegten Dialog über Werte und -erziehung in der Öffentlichkeit, wenn er denn zu konkreten Ergebnissen führt. Um die im Grundgesetz und in der Landesverfassung verankerten Werte umzusetzen, bedarf es aber eines grundlegenden Kurswechsels der Landesregierung im Bereich der Sozial-, Bildungs- und Jugendpolitik. Nur so kann diese Landesregierung erfolgreich zur Werteerziehung beitragen und das Demokratieverständnis bei Jugendlichen befördern.

- Wenn 43 Prozent aller Jugendlichen das Land verlassen wollen, weil sie für sich keine Zukunftschancen sehen,
 - wenn 69 Prozent der jungen Leute Arbeit als wichtigstes Kriterium für ihre Zukunft ansehen, aber in Brandenburg keine entsprechenden Arbeitsplätze zur Verfügung stehen,
 - wenn die Gewalt an Schulen immer größere Ausmaße annimmt,
 - wenn ausländischerfeindliches und rechtsextremistisches Gedankengut und entsprechende Verhaltensweisen bei jungen Brandenburgern um sich greifen,
- ist ein solcher Dialog dringend nötig. In einer Zeit, in der die Landesregierung
- ein neues Schulgesetz annimmt, das auf frühere Auslese und weniger Chancengleichheit setzt,
 - ein Haushaltsgesetz verabschiedet, in dessen Rahmen 899 Lehrerstellen gestrichen werden,
 - die Angebote für Jugendarbeit vor allem im ländlichen Raum weiter reduziert werden,
 - Kinder erwerbsloser Eltern unter drei Jahren keinen Anspruch auf einen Kita-Platz haben,
 - 204.343 Menschen arbeitslos gemeldet sind und lediglich 15.859 offene Stellen

angeboten werden, dann ist eine unverbindliche Wertedebatte nicht sehr hilfreich und eröffnet keine tatsächlichen Lebensperspektiven.

„Werte nicht nur diskutieren, sondern vorleben“ – diese Losung gilt nicht nur für die Öffentlichkeit, sondern muss auch Grundlage für das Handeln der Landesregierung werden.

Kerstin Kaiser, MdL, Vorsitzende der Fraktion Die Linke.PDS, Torsten Krause, MdL, jugendpolitische Sprecher, 11. Dezember 2006

Ausblick:

Clara. in Europa

Im Januar 2007 übernimmt die Bundesregierung die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union. Bundeskanzlerin Merkel wird aller Voraussicht nach erneut den EU-Verfassungsvertrag auf die Tagesordnung setzen -jenen Vertrag, den die Menschen in Frankreich und den Niederlanden in Volksabstimmungen als neoliberal ablehnten. Grund genug für das Magazin „Clara.“ der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, zu europäischen Ufern aufzubrechen. „Clara.“ bietet Eurovisionen an und lässt überzeugte Europäerinnen und Europäer der Linken in Interviews und Gastkommentaren zu Wort kommen: Ein sozial gerechtes, demokratisches und friedliches Europa ist möglich. Die nächste Ausgabe von „Clara.“ erscheint im Februar 2007.

Kostenloses „Clara.“-Abonnement über:

- Tel. (030) 22 75 11 70, Fax 22 75 61 28
- www.linksfraktion.de/bestellformular.php

men. Dabei wurde deutlich, dass es neben grundlegenden Auffassungen zum Erhalt von öffentlichem Eigentum auch darum gehen muss, Positionen zu erarbeiten, die es insbesondere Kommunalpolitikern ermöglichen, im Interesse der Sicherung der öffentlichen Daseinsfürsorge und der Handlungsfähigkeit von Kommunen zu handeln.

Ausgehend davon gab es eine Verständigung zu folgenden Grundpositionen:

1. Grundlegendes Prinzip auf diesem Politikfeld bleibt, dass öffentlich-rechtliche Unternehmen bzw. Unternehmensbeteiligungen einen wichtigen Bestandteil der Unternehmenslandschaft in Brandenburg darstellen und für die Sicherung der öffentlichen Daseinsfürsorge unverzichtbar sind. Gerade die Erfahrungen in den neuen Bundesländern zeigen, dass öffentlich-rechtliche Unternehmen entsprechend ihrem Geschäftszweck mit hoher ökonomischer Effizienz tätig sind.
2. Öffentlich-rechtliche Unternehmen befinden sich in kommunal- bzw. Landesbesitz. Ihre jeweiligen Interessenlagen und Aufgaben ergeben sich aus der Definition ihrer Zielsetzung durch die Kommunen bzw. das Land und sind deshalb voneinander unterschieden und zum Teil gegensätzlich. Das schließt Konkurrenz und Wettbewerb ein. Der gemeinsame Nenner ist also lediglich der öffentlich-rechtliche Status dieser Unternehmen.
3. Die Handlungsoptionen öffentlicher Unternehmen werden zunehmend durch das Ordnungs-, Wettbewerbs- und Beihilferecht der EU dominiert. Eine realistische politische Zielstellung auf Landes- und Kommunalebene hat diesen Sachverhalt zu berücksichtigen und in Erwägung zu ziehen, dass genau diese rechtlichen Bedingungen dem unter Punkt 1 genannten Sachverhalt entgegenwirken können.
4. Die Sicherung und Entwicklung der öffentlichen Daseinsfürsorge erfordert es zwingend, deren Inhalt zu definieren, den öffentlichen Auftrag von Unternehmen zu bewerten und weiterzuentwickeln um die Zielstellung, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilräumen des Landes

sicherzustellen. Dabei bedeutet gleichwertig nicht gleichartig, was wiederum unterschiedliche Instrumente und Organisationsformen zur Sicherung der öffentlichen Daseinsfürsorge beinhalten kann.

5. Öffentlich-rechtliches Eigentum ist Bestandteil der Eigentumspluralität. Seine Bewertung ergibt sich aber nicht in erster Linie aus dem rechtlichen Status sondern vielmehr aus der Aufgabenstellung im Rahmen der öffentlichen Daseinsfürsorge und aus der Fähigkeit der Akteure, diese Aufgabe umzusetzen.
6. Nominelle Privatisierungen, das heißt die Umwandlung von Rechtsformen öffentlich-rechtlicher Unternehmen, sind von materiellen Privatisierungen zu unterscheiden. Beteiligungen von öffentlichem und privatem Kapital zur Sicherung der Daseinsfürsorge können bei den gegenwärtigen Struktur- und Finanzproblemen der Kommunen eine positive Rolle spielen. Das schließt Geschäftsbesorgungsverträge auf der Grundlage von Konzessionen und Stärkung der Kontrollgremien ein.
7. Teilverkäufe werden auf Grund der Wirtschafts- und Finanzsituation der Kommunen und des Landes zur Realität gehören. Zum Ausgleich eines strukturellen Defizits können derartige Verkäufe stattfinden. Bei der politischen Bewertung derartiger Verkäufe ist neben dem Grundsatz aus Punkt 1 die reale Handlungsmöglichkeit der jeweiligen Ebene einzubeziehen. Dabei ist sicherzustellen, dass über eine entsprechende Vertragsgestaltung die Sicherung der öffentlichen Daseinsfürsorge und der Einfluss der öffentlichen Hand in der Geschäftspolitik gewährleistet werden.
8. Die Linkspartei.PDS muss Kernbereiche definieren, bei denen in der gegenwärtigen Situation eine materielle Privatisierung aus ihrer Sicht ausgeschlossen wird. Dazu gehören aus unserer Sicht der öffentlich-rechtliche Bankensektor (Sparkassen, ILB) und der Wasser- und Abwasserbereich, solange die rechtliche Haftungsverpflichtungen der Kommunen bestehen.

Ralf Christoffers, MdL

WASG
Die Wahlalternative

DIE LINKE. PDS

Gründungsdokumente für DIE LINKE. gemeinsam beschlossen

Wir sind auf einem guten Weg

... Am 10. Dezember haben die Vorstände von Linkspartei.PDS und WASG gemeinsam die Gründungsdokumente als Leitanträge für den Dortmunder Parteitag beschlossen. Das war keine Zitterpartie, die programmatischen Eckpunkte, die Satzung, die Bundesfinanz- und die Bundesschiedsordnung werden – das kam bei der Beratung zum Ausdruck – von einer breiten Vorstandsmehrheit in beiden Parteien getragen.

Damit wurde ein wichtiger Schritt vollzogen und die Chance für eine gemeinsame starke linke Kraft in Deutschland eröffnet. Meinen Appell an die eigene Partei möchte ich an dieser Stelle noch einmal wiederholen: Vergeigen wir diese Chance nicht, sondern nutzen wir sie!

In den vergangenen Wochen waren die Gründungsdokumente in beiden Parteien auf Basis- und Regionalkonferenzen umfassend diskutiert worden. Über 200 Anträge und Wortmeldungen haben allein die Programmgruppe erreicht. Ein zentraler Punkt in der Debatte meiner Partei war dabei der „demokratische Sozialismus“, weil die Formulierung im Erfurter Beschluss vielen zu unbestimmt war. Wie Sie wissen, hatten Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und ich gemeinsam auch einen entsprechenden Antrag zur Präzisierung gestellt. Wenn Sie jetzt in die programmatischen Eckpunkte schauen, haben wir gemeinsam eine neue Formulierung gefunden.

„Die Linkspartei.PDS bringt in Übereinstimmung damit ihr historisches Verständnis des demokratischen Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem und als Einheit von Freiheits- und sozialen Grundrechten

ein – niedergelegt in ihrem Chemnitzer Parteiprogramm.

Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind unsere grundlegenden Wertorientierungen. Sie sind untrennbar mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation verbunden. Die Ideen des demokratischen Sozialismus stellen zentrale Leitvorstellungen für die Entwicklung der politischen Ziele der Linken dar.“

... Die am 10. Dezember auf unserer gemeinsamen Vorstandssitzung beschlossenen Papiere sind eine solide Grundlage für eine erkennbare Politik der neuen Linken. Die Bildung einer gesamtdeutschen Linken ist ja kein Selbstzweck.

Wir sind noch nicht am Ziel, aber auf einem guten Weg. Ich bin optimistisch, dass wir auch die nächste Wegstrecke schaffen.

Lothar Bisky, Linkspartei.PDS-Vorsitzender aus Pressedienst der Linkspartei.PDS, 50/2006

Die vollständigen Gründungsdokumente sind im „Pressedienst“ der Linkspartei.PDS 50/2006 und im Internet unter <http://sozialisten.de/sozialisten/parteibildung> veröffentlicht.

Zeitleiste

24. und 25. März 2007: Parallel stattfindende Bundesparteitage zur Beschlussfassung der Gründungsdokumente in Dortmund

30. März 2007 bis 18. Mai 2007: Urabstimmung in beiden Parteien

15. Juni 2007: Parallel tagende Bundesparteitage von Linkspartei.PDS und WASG in Berlin

16. Juni 2007: Gründungsparteitag der neuen Linkspartei in Berlin

Wo (und wann) der Schuh drückt ...

Bericht von der Debatte auf der Außerordentlichen Tagung des 10. Parteitages am 26. November 2006 in Berlin

Was ein Schuhkauf kurz vor Mitternacht mit dem demokratischen Sozialismus zu tun hat oder haben kann, dies unter anderem wurde in der Aussprache des Drei-Stunden-Parteitages erörtert. Spannender und kurzweiliger als vermutet angesichts des nüchternen Generalauftrages an den Parteitag – nämlich statutarisch durch Gründung eines rechtsfähigen Vereins der neuen Linkspartei näher zu kommen –, entspann sich eine einstündige Debatte um Fernziel und Nahpolitik, um Programm und Praxis.

... Herzliche Grüße überbrachte **Christine Buchholz, Vorstandsmitglied der WASG**. Ihr Parteitag (18./19. November) hatte mit großer Mehrheit den weiteren Weg des Parteibildungsprozesses beschlossen, auch weil sich vor Ort die Zusammenarbeit der Mitglieder gut entwickelt habe. Zu den offenen Fragen gehöre der demokratische Sozialismus, ein Bekenntnis zu ihm lasse sich nicht verordnen. Das hänge mit der Vergangenheit zusammen, mit Vorurteilen, auch mit der aktuellen Politik. Die Berliner Entscheidung zum Ladenschlussgesetz sei vom WASG-Parteitag einstimmig kritisiert worden. Viele WASGler fragten sich, was es mit demokratischem Sozialismus zu tun habe, wenn die Linke zum Vorreiter für Liberalisierung wird. Buchholz begrüßte den Beschluss beider Parteivorstände zur Mobilisierung gegen den G8-Gipfel im kommenden Jahr. Die Parteigliederungen im Allgäu ebenso wie in der Lausitz sollten darüber diskutieren, wie Globalisierung mit dem zusammenhängt, was Menschen konkret als neoliberale Politik erfahren. „Ich freue mich, dass wir den nächsten Parteitag schon unter einem gemeinsamen Dach abhalten werden.“

... **Harald Werner** konterte wenig später mit der Bemerkung, manchmal könne man mit (unvollständigen) Wahrheiten Unwahrheiten verbreiten. Zur ganzen Wahrheit ge-

höre, dass das bundesweite Ladenschlussgesetz schon lange niemanden mehr schützt und der Kampf gegen das Einkaufen rund um die Uhr bereits vor zehn Jahren verloren wurde. Beispielsweise wüssten alle, dass sich das Bedürfnis, kurz vor Mitternacht Schuhe zu kaufen, in Grenzen halten wird. Hauptsächlich gehe es um die Öffnung an Sonn- und Feiertagen. Das Berliner Gesetz versuche, die Unzahl von Ausnahmegenehmigungen abzuschaffen und den Arbeitsschutz zu verbessern. So müssten Beschäftigte mit Kindern unter 12 Jahren oder pflegebedürftigen Verwandten nicht nach 20 Uhr arbeiten. Das grundlegende Problem sei: In einer Zeit, da der Siegeszug des Kapitalismus bereits so viele Zerstörungen angerichtet und neue Bedingungen geschaffen hat, griffen viele unserer Instrumente nicht mehr: Es falle dann schwer, die Kräfte umzuorientieren. Richtig sei, „dass wir von kopflosen Modernisierern umgeben sind, aber deshalb müssen wir nicht zu einfalllosen Traditionalisten werden.“

... **Katina Schubert** nannte nach zahlreichen Diskussionen einige der Dissenspunkte in beiden Parteien zum Charakter der künftigen Linken: Wolle sie eine anti-neoliberale Sammlungsbewegung sein oder eine Partei des demokratischen Sozialismus? Für viele Linksparteimitglieder sei das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus nicht nur ein Herzensanliegen. Sie fragten sich auch, ob sie noch eine Heimat haben in dieser Partei, wenn sich der demokratische Sozialismus nicht im Gründungsdokument wieder finden sollte. „Das muss für uns ein Auftrag sein“, sagte das Mitglied der gemeinsamen Programmgruppe. Eine andere offene Frage: Worüber definieren wir unsere Politik – über Widerstand gegen andere oder aus unseren Vorstellungen, wohin wir wollen? Ein weiterer Dissens: der Stellenwert von Freiheits- und sozialen Rechten. Die einen

würden sagen: „Vor der Moral kommt das Fressen“, die anderen: „Freiheits- und soziale Rechte sind zwei Seiten einer Medaille und nicht voneinander zu trennen.“ Dies sei die Position des Chemnitzer Parteiprogramms. Bei aller Freude über die neue Linkspartei müssten die Auseinandersetzungen offen und nach vorn gerichtet geführt werden.

... Der Debatte folgte die Prozedur, die vorgeschlagenen Statutenänderungen. Änderung für Änderung wurde behandelt und beschlossen, die diesmal besonders aufmerksamen Zählerinnen und Zähler ermittelten

in der Schlussabstimmung 337 Stimmen. Damit wurde die für die Änderung notwendige Zweidrittelmehrheit erreicht und eine entscheidende juristische Hürde auf dem Weg zur neuen gesamtdeutschen Linken genommen. Einen gleich lautenden Beschluss hatte die WASG auf ihrem Parteitag am Vorwochenende angenommen. Die nächsten Parteitage von Linkspartei und WASG werden (voraussichtlich) Ende März in Dortmund stattfinden – dann parallel und unter einem Dach.

Stefan Richter, aus DISPUT 12/2006

Bitte an junge Mitglieder: Neuen Jugendverband unterstützen

Der Vorstand der Linkspartei.PDS hat sich am 9. Dezember abschließend zu den Entwürfen der Partei-Gründungsdokumente verständigt. Außerdem standen auf dieser letzten Beratung im Jahr 2006 weitere Punkte auf der Tagesordnung:

So verabschiedete der Vorstand eine gleichstellungspolitische Positionsbestimmung unter der Überschrift

Für einen neuen Geschlechtervertrag,

in der es unter anderem heißt: „Eine Politik sozialer Gerechtigkeit muss genauso auf die Gleichstellung der Geschlechter zielen wie auf einen Ausgleich zwischen den Kulturen und Völkern – innerstaatlich wie international. Gleichheit bedeutet dabei nicht, dass die Mitglieder einer Gesellschaft zu Uniformität gezwungen werden. Wir als Linke halten an einem egalitären Freiheitskonzept fest, das sich an der feministischen Konzeption von ‚Gleichheit in der Differenz‘, von Gleichheit als der ‚Ebenbürtigkeit des Verschiedenen‘ orientiert. Um das Dominanzverhältnis von Männern über Frauen aufzuheben und um zu einer tatsächlichen Gleichstellung zu kommen, ist eine radikale Gleichberechtigungspolitik notwendig.“

Der Parteivorstand forderte weiterhin alle Mitglieder der Partei unter 35 Jahren auf,

sich an Landesversammlungen zu beteiligen, damit ein neuer gemeinsamer

Jugendverband der Partei DIE LINKE.

gegründet werden kann. Auf einem Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern von [solid], der WASG, der Linkspartei.PDS, dem Hochschulgruppennetzwerk und der Jungen Linken.PDS war vereinbart worden, dass der gemeinsame Jugendverband im Mai 2007 gegründet werden soll. Dazu sollen die Delegierten auf Landesmitgliederversammlungen der Jugendstrukturen gewählt werden, zu denen beide Parteien ihre Mitglieder unter 35 Jahren einladen.

Leider sah sich der Parteivorstand gezwungen, den

Pressedienst

zum Ende dieses Jahres einzustellen. Es sind vor allem finanzielle Gründe, die zu dieser Entscheidung führten.

aus Pressedienst der Linkspartei.PDS, 50/06

„Get up, stand up.“ – Hochschulkongress für eine neue Linke

Im „Zeitalter der Unsicherheit“ sind Studierende – ebenso wie andere Teile der Bevölkerung – massiven Angriffen des Neoliberalismus ausgesetzt, die ihre bisherigen Arbeits- und Lebensbedingungen grundlegend verändern. Gerade in Hessen, wo der Kongress stattfindet, beginnen die Studierenden, sich zur Wehr zu setzen, neuartige Netzwerke mit Gewerkschaftern, Elternvertretern, Erwerbslosen u.a. aufzubauen. Ihre Proteste, aber auch die aus anderen Bundesländern (Planungen von Boykottkampagnen gg. Studiengebühren, Kampagne gg. Wohnungsprivatisierung in Freiburg), halten viele Erfahrungen bereit, die einen Austausch lohnenswert machen.

Vor diesem Hintergrund will der Kongress Studierende aus dem gesamten Bundesgebiet mit Politikern der Linken (wie Oskar Lafontaine und Katja Kipping), kritischen Wissenschaftlern (wie Prof. Dr. Elmar Altvater, Dr.

Alex Demirovic und Prof. Dr. Michael Hartmann) und Aktiven aus sozialen Bewegungen (attac und Nichtregierungsorganisationen) zusammenbringen.

Während des Kongresses soll analysiert werden, wie sich der neoliberale Umbau der Hochschulen konkret darstellt. Welche Auswirkungen hat das auf die Organisation studentischer Interessenvertretung heute? Zum anderen sollen auch allgemeinpolitische Fragen aufgegriffen werden. Welche Strategien gegen den Neoliberalismus gibt es und welche Rolle kommt dabei der neuen Linkspartei zu? Gibt es ein „Schicksal Globalisierung“ oder können wir für eine „andere Globalisierung“ streiten? Was läuft an den Hochschulen zur Vorbereitung der Proteste gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm?

Der Kongress soll Ausgangspunkt für die Gründung eines neuen linken Hochschulverbandes sein. Wir sind überzeugt: Um die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links zu verschieben, braucht es eine starke Linke an den Hochschulen und eine Offensive gesellschaftskritischen Denkens.

Wir laden alle ein, die das Projekt der neuen Linken auch an die Hochschulen bringen wollen bzw. mit diesem Prozess sympathisieren. Ihr könnt uns helfen diesen Kongress bekannt zu machen. Bitte verschickt diese Einladung über alle euch zugänglichen Verteiler weiter. Programm-Flyer oder Plakate könnt ihr bei den unten angegebenen Ansprechpersonen bestellen. Alle weiteren Informationen und eine Mitfahrerbörse findet ihr auf www.getupstandup-kongress.de.

*Die Linke.WASG-Hochschulgruppe
Frankfurt (Main)*

Ansprechpersonen:

- Kolja Möller, Tel. (01 77) 8 93 82 82, walmoe@t-online.de
- Klaus Henning, Tel. (01 74) 8 52 98 73, hennkl@aol.com



DIE LINKE. stellt Große Anfrage „Zum Stand der Deutschen Einheit und der perspektivischen Entwicklung bis zum Jahr 2020“

Solidarpakt allein reicht nicht

Vor den Folgen eines wachsenden sozialen Unfriedens im Osten, darunter vermehrter Fremdenfeindlichkeit, warnt eine neue Studie. In den neuen Ländern zu arbeiten, heißt immer stärker, mehrere Minijobs zu kombinieren, stellt die jüngste Untersuchung aus der Bundesagentur für Arbeit fest. Diese Entwicklungen zeigen: Auch mit der kürzlichen Einigung über den Solidarpakt II hat sich die Debatte um die Zukunft der neuen Länder keineswegs erledigt. Im Gegenteil: Zwar reicht der Solidarpakt II bis 2019, die Zahlungen an die neuen Länder gehen aber ab 2009 drastisch zurück. Zwar wächst die Industrie im Osten, insgesamt aber klafft die Ost-West-Schere nicht nur bei der Wirtschaftsleistung weiter auseinander, sondern vor allem bei Löhnen, Renten und anderen Einkommen. Und das, obwohl der Produktivitätszuwachs in den neuen Ländern höher als im Westen ist.

Von der Großen Koalition wird der Aufbau Ost – wie schon von Rot-Grün – stiefmüt-

terlich behandelt. Union und SPD wollen sich im Wesentlichen mit einer „Weiter-So“-Politik durchmogeln. Die Linksfraktion hat deshalb jetzt eine Große Anfrage zum Stand der Deutschen Einheit und zu den Perspektiven der neuen Länder bis zum Jahr 2020 (DS 16/3581) auf den Weg gebracht. Die Bundesregierung steht in der im Grundgesetz verankerten Pflicht, Verantwortung für gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West zu übernehmen. Die Linksfraktion fordert die Bundesregierung deshalb auf, konkrete Konzepte vorzulegen, wie im Osten in den nächsten anderthalb Jahrzehnten eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung erreicht werden kann. Und sie fordert einen Fahrplan zur Angleichung der Lebensverhältnisse. Voraussichtlich im ersten Halbjahr 2007 wird die Große Anfrage im Bundestag debattiert.

Dr. Dagmar Enkelmann, MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE., 18. Dezember 2006

Fraktion DIE LINKE. fordert Stufenplan für Angleichung der Rentenwerte

In dieser Woche befasste sich der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages mit 153 Mehrfachpetitionen, in denen eine Angleichung des Rentenwerts (Ost) an den Rentenwert (West) gefordert wurde. Gegen die Stimmen der Linken wurde das Ansinnen der Petenten vom Tisch gewischt.

Seit nunmehr 16 Jahren warten die Rentner aus den ostdeutschen Bundesländern darauf, dass ihr Rentenwert (Ost) an den Rentenwert (West) angeglichen wird. Er beträgt noch immer lediglich etwa 88 Prozent des Westniveaus. Es sieht auch nicht so aus, dass die Bundesregierung an dieser Ungleichbehandlung etwas ändern möchte. Sie verschanzte sich hinter dem Argument, dass das Einkommensniveau im Osten unter demjenigen im Westen läge, was auch auf das Rentenniveau Auswirkungen hätte.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G



Wenn dem so wäre, dann müsste es wahrscheinlich auch einen Rentenwert (Nord) und einen Rentenwert (Süd) geben.

Außerdem verschweigt die Bundesregierung gerne, dass Millionen ostdeutsche Arbeitnehmer im Westen ihre Rentenbeiträge zahlen und damit auch die ostdeutschen Renten finanzieren. Die Argumentation der Bundesregierung ist fadenscheinig und soll ihre katastrophale Rentenpolitik kaschieren. Des-

halb wäre es nur fair, wenn den ostdeutschen Rentnerinnen und Rentnern wenigstens eine Perspektive hinsichtlich der Rentenanpassung geboten würde. DIE LINKE. fordert daher die Bundesregierung dazu auf, die Rentenwerte endlich anzugleichen, wenigstens aber einen Stufenplan zur schrittweisen Angleichung der Rentenwerte vorzulegen.

Kersten Naumann, MdB, DIE LINKE., Vorsitzende des Petitionsausschusses, 15.12.2006

Deutschland hat seit 1. Januar für ein halbes Jahr die EU-Ratspräsidentschaft

DIE LINKE. will ein demokratisches und soziales Europa.



Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., in der Aussprache über die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 14./15. Dezember 2006 und den bevorstehenden deutschen Präsidentschaften im Rat der Europäischen Union und in der G8



Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Linke will ein demokratisches und soziales Europa.

(Dr. Peter Ramsauer (CDU/CSU): Ein sozialistisches!)

Der Forderung nach einem demokratischen und sozialen Europa wird wahrscheinlich jeder in diesem Hause zustimmen. Wenn ich aber sage, ohne ein soziales Europa gibt es kein demokratisches Europa, dann werden sich die Geister in diesem Hause scheiden.

(Beifall bei der LINKEN)

Beginnen wir mit der Demokratie. Es ist öfter über den so genannten Ratifizierungsprozess gesprochen worden. Aber noch keiner hat die Frage gestellt, wie denn eigentlich die Verfassung in Europa verabschiedet werden soll. Ich sage in aller Klarheit, dass für uns nicht so sehr die Frage im Vordergrund steht, wie viele Länder sich wie entschieden haben, sondern die Frage, ob die Bevölkerung an

dem Verfassungsprozess beteiligt worden ist. Ich meine, wenn man ein demokratisches Europa will, dann sollte man zumindest bei der Verfassung eine Volksabstimmung fordern; denn ohne Volksabstimmung gibt es kein demokratisches Europa.

(Beifall bei der LINKEN)

Das gilt im Übrigen nicht nur für den Verfassungsprozess, sondern im Wesentlichen für alle Entscheidungen, die in den letzten Jahren getroffen worden sind, ob das die Einführung des Euro, der Vertrag von Maastricht oder die Osterweiterung war. Meine Damen und Herren, wir sind der festen Überzeugung, dass man ein demokratisches Europa nicht undemokratisch bauen kann, indem man ständig über die Köpfe der Bevölkerung hinweg entscheidet.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun muss der Zusammenhang zwischen einem sozialen und demokratischen Europa nicht unmittelbar einsichtig sein. In dem Verfassungsentwurf wird die attische Demokratie angesprochen. Ich zitiere Perikles, auf den im Verfassungsentwurf konkret Bezug genommen wird:

Der Name, mit dem wir unsere politische Ordnung bezeichnen, heißt Demokratie, weil die Angelegenheiten nicht im Interesse

weniger, sondern der Mehrheit gehandhabt werden.

Wenn wir also ein demokratisches Europa bauen wollen, dann müssen wir die Verfassung so gestalten, dass die Interessen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden und nicht die Interessen der Wirtschaft und im Wesentlichen der Großkonzerne, wie das in den letzten Jahren geschehen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Der eine oder andere wird nun sagen, das sei einfach nur dahergesagt und nicht begründbar. Ich möchte ganz deutlich sagen, dass diese Regierung aufgrund ihrer Politik nicht daran mitwirkt, ein soziales und damit ein demokratisches Europa zu bauen. Darüber muss geredet werden.

Es gibt in Europa drei Fehlentwicklungen, die dazu geführt haben, dass immer mehr Menschen diesen Einigungsprozess ablehnen und weiterhin ablehnen werden, wenn er wie bisher gestaltet wird. Wir sollten darauf eingehen. Diese drei Fehlentwicklungen kann man bezeichnen mit Lohndumping, Sozialdumping und Steuerdumping. Wenn man auf diesem Wege weiter voranschreitet, dann wird man kein soziales und damit kein demokratisches Europa bauen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich beginne mit dem Lohndumping. Hier spielt Deutschland eine wirklich verheerende Rolle. Die letzten veröffentlichten Zahlen, die jedem zugänglich sind, haben gezeigt, dass die Tarifabschlüsse und die Lohnentwicklung in Deutschland das muss man unterscheiden im Vergleich mit allen übrigen europäischen Staaten so nachteilig für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind, dass die Währungsunion wirklich gefährdet ist. Ich will an dieser Stelle deutlich sagen: Unsere Dumpingpolitik, die durch immer niedrigere Lohnabschlüsse und durch die fortwährende relative Senkung der Lohnstückkosten gekennzeichnet ist, führt in anderen europäischen Hauptstädten zu Diskussionen. Auf diese

Art und Weise baut man kein gemeinsames Europa, sondern man macht eine Dumpingkonkurrenz auf, die zulasten der abhängig Beschäftigten geht. Das kann kein soziales Europa in unserem Sinne sein.

(Beifall bei der LINKEN)

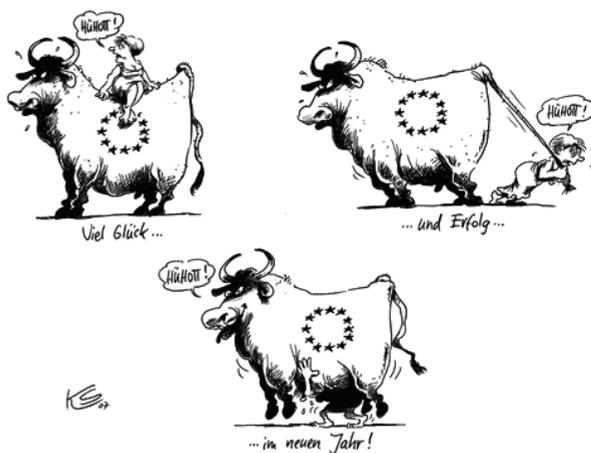
Wenn man die Lohnkonkurrenz, die das Lohndumping letztendlich verursacht, bremsen wollte, dann brauchte man einen Mindestlohn. Wenn Sie Europa wirklich gemeinsam bauen wollen, dann müssen Sie sich der Mehrheit der europäischen Staaten anschließen, die bereits einen Mindestlohn eingeführt haben. Gerade wir in Deutschland brauchen diesen Mindestlohn.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Sozialdumping ist ebenfalls seit einer ganzen Reihe von Jahren Mode geworden und insbesondere durch uns befördert worden, was den Luxemburgischen Premierminister veranlasste, mit Blick auf die Diskussion innerhalb der so genannten Christdemokraten zu sagen: Europa kann man nicht bauen, wenn man einen Wettbewerb veranstaltet, wer Arbeitnehmerrechte, insbesondere den Kündigungsschutz, am schnellsten abbaut. – Es wäre gut, wenn sich solche Einsichten auch einmal in der CDU/CSU-Fraktion durchsetzen würden.

(Beifall bei der LINKEN)

Neben Lohndumping und Sozialdumping haben wir Steuerdumping. Es ist aber nicht so der Kollege Eichel hat dies so dargestellt,



dass wir die unschuldigen Opfer dieser Entwicklung sind. Ich würde das zwar gerne feststellen, aber die Zahlen sagen etwas anderes: Unsere Steuerquote wird gerade noch von der eines kleinen Staates unterboten. Ansonsten liegen wir hinsichtlich der Steuerquote ganz unten in Europa. Wir stoßen das Steuerdumping in Europa an; wir nötigen sozusagen durch unsere verfehlte Politik die anderen europäischen Staaten zum Abbau von Sozialleistungen und von öffentlicher Leistung.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie sich die Unternehmensteuern anschauen Sie planen eine weitere Entlastung in Milliardenhöhe, dann werden Sie feststellen, dass wir zu den Ländern gehören, die immer wieder im so genannten Standortwettbewerb dafür Sorge tragen, dass die Unternehmensteuern nach unten gehen. Das hat zur Konsequenz, dass die Steuern und Abgaben für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach oben gehen. Dieses Europa wollen wir nicht; wir lehnen es ab. Sie aber bringen es immer stärker auf den Weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sind keinen Argumenten zugänglich. Schauen Sie sich doch einmal die Lohnentwicklung und die Steuerquote an. Unsere Steuer- und Abgabenquote liegt bei 34 Prozent. In Europa liegt sie bei durchschnittlich 40 Prozent. Das ist eine Differenz von 130 Milliarden Euro. Ich sage es noch einmal: Wenn wir die Steuer- und Abgabenquote des europäischen Durchschnitts hätten, wäre keine einzige der umstrittenen Maßnahmen zum Sozialabbau in den letzten Jahren notwendig gewesen. So traurig ist die Wirklichkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme zum letzten Punkt, zur Außenpolitik. Ich habe sehr erfreut gehört, dass Sie, Frau Bundeskanzlerin, besondere Initiativen im Nahen Osten ergreifen wollen. Aber die Frage ist doch: Mit welcher Stoßrichtung? Es gehört, wenn wir über Europa sprechen, dazu, sich in Erinnerung zu rufen, dass der Kontinent eine koloniale Tradition hat, und zwar angefangen von Südamerika bzw. den

Konquistadores bis hin zu der Rolle verschiedener Länder auch Deutschlands in Afrika und jetzt im Vorderen Orient. Diese koloniale Tradition ist nicht zu Ende. Es ist nun einmal so, dass es im Vorderen Orient letztendlich nicht um Freiheit und Demokratie geht, sondern dass dort, wie beispielsweise John F. Kerry im letzten Präsidentschaftswahlkampf wörtlich formuliert hat, amerikanische Soldaten wegen des Öls sterben.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Aber eine Außenpolitik, die auf Rohstoffimperialismus fußt, kann niemals zum Weltfrieden beitragen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier (fraktionslos))

Ob wir es wahrhaben wollen oder nicht: Wir sind am Irakkrieg beteiligt. Man kann natürlich darüber lachen, dass man das Völkerrecht bricht und an einem solchen Krieg beteiligt ist. Das Bundesverwaltungsgericht hat festgestellt, dass wir an diesem Krieg beteiligt sind, weil wir die Nutzung deutscher Flughäfen ermöglichen, Infrastruktur bereitstellen, Geleitschiffe entsandt haben usw.

(Dr. Andreas Schockenhoff (CDU/CSU): Herr Präsident, bei welchem Thema sind wir?)

Frau Bundeskanzlerin, wir hätten gerne von Ihnen gehört, ob Sie im Vorderen Orient weiter Außenpolitik in dieser Tradition betreiben wollen oder ob Sie sich endlich von einer verfehlten Außenpolitik lösen wollen, die auf imperialen Zielen aufbaut und deshalb niemals im Nahen Osten zu Frieden führen kann.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier (fraktionslos))

Man kann die Tatsachen, die Lohnentwicklung, die Entwicklung der Sozialsysteme, die Entwicklung der Steuersysteme und die Ergebnisse einer völlig verfehlten Außenpolitik, ignorieren. Wir stimmen zu, dass Europa einen besonderen Auftrag hat. Die besondere Aufgabe besteht darin, ein Europa zu schaffen, das sozial und demokratisch ist und dem Frieden dient.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier (fraktionslos))

Linkspartei.PDS beteiligt sich aktiv an den Bündnissen, die zum G8-Gipfel unterschiedlichste Veranstaltungen und Proteste organisieren – Ideen sind gefragt

Alternativgipfel gegen die Armut in dieser Welt



Katja Kipping, MdB, stellv. Vorsitzende der Linkspartei.PDS

Bundeskanzlerin Merkel will den Abbau globaler Ungleichheiten und die Entwicklungshilfe für Afrika zu einem Schwerpunktthema des Weltwirtschaftsgipfels machen. Wenn diese Ankündigung mehr als ein PR-Gag sein soll, dann sollte sie sich auch dafür einsetzen, dass die entsprechenden Gelder für Entwicklungshilfe im Bundeshaushalt aufgestockt werden. Für 2007 hat sie es verabsäumt, aber

wir werden sie bei der nächsten Debatte um den Haushalt 2008 daran erinnern. Die Linkspartei.PDS kämpft für Gerechtigkeit nicht nur vor der eigenen Haustür sondern weltweit. Wir wollen eine Brücke bauen zwischen den globalen Fragen von Armut, Umwelt und Frieden und den konkreten Sorgen der Men-

schen in Deutschland und zeigen, dass der Neoliberalismus nicht alternativlos ist.

Die Linkspartei.PDS und die WASG beteiligen sich an der Arbeit in den Bündnissen und unterstützen die Vorbereitung der bereits in Planung befindlichen Veranstaltungen im Umfeld des G8-Gipfels. Dazu gehören eine Großdemonstration am 2. Juni in Rostock, ein Alternativgipfel über die gesamte Woche, der öffentlich über Ursachen und Folgen der Globalisierung aufklären soll, und ein groß angelegtes Protestcamp mit viel Kultur und Aktionen des zivilen Ungehorsams.

Wir rufen die Mitglieder der Linkspartei, die Sympathisantinnen und Sympathisanten der Linken auf, ihre Ideen in die Vorbereitung einzubringen und sich an den friedlichen Protesten zu beteiligen.

Der G8-Gipfel ist für Die Linkspartei.PDS und WASG eine politische Herausforderung: Es geht um die Herausbildung einer globalisierungskritischen „Alternativagenda“. Wir streiten dafür, mehr Geld in die Entwicklungspolitik statt in die Rüstung zu stecken und setzen uns für eine nachhaltige Wende in der Energiepolitik weg von wachsenden Rohstoffimporten hin zu erneuerbaren Energien ein.

Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember

Sicherung und Ausbau von Menschenrechten sind eine ständige Aufgabe

International wie national ist der 10. Dezember kein Anlass zum Feiern. Die Situation in Nahost, im Irak, in Afghanistan oder im Kongo zeigt uns, dass Krieg und Unterentwicklung als die größten Menschenrechtsverletzungen nach wie vor nicht geächtet sind. Mit Blick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft fordern wir die Bundesregierung auf,

sich dafür stark zu machen, dass die EU-Grundrechtecharta endlich politisch einklagbar und vertraglich gewährleistet wird.

Die Linkspartei.PDS fordert die Einheit von sozialen Menschenrechten und individuellen Freiheitsrechten. Nur so kann die gleichberechtigte demokratische Teilhabe aller gesichert werden. Niemand darf sich

da zurücklehnen. Sicherung und Ausbau von Menschenrechten sind eine ständige Aufgabe, die das Mittun jedes einzelnen erfordert. Die vorrangige Aufgabe der Linken ist es daher, Menschen zu ermuntern und zu unterstützen, sich für ihre Menschenrechte einzusetzen.

In Deutschland nimmt das klare Ungleichgewicht zugunsten der Gewährung individueller Freiheitsrechte und zum Nachteil sozialer Rechte zu. Während sich die Ostdeutschen noch an den ausgeprägten Ausbau der sozialen Rechte in der DDR zum Nachteil der Bürgerrechte erinnern, werden in der heutigen Bundespolitik soziale Rechte weiter ausgeblendet. Die bundesdeutsche Sozialpolitik seit 1989 macht dies deutlich.

Mit dem fortschreitenden Abbau des Sozialstaates wurden und werden Menschen benachteiligt: Einer zunächst wirtschaftlichen Ausgrenzung folgt die sozial-, bildungs- und gesundheitspolitische Marginalisierung, die Möglichkeit, sich an der gesellschaftlichen Entwicklung aktiv zu beteiligen, wird verwehrt. Wenn jedes 8. Kind in Deutschland heute in Armut lebt, ist das ein dringender Grund, am internationalen Tag der Menschenrechte vor der eigenen Haustür zu kehren, bevor über die Missachtung von Menschenrechten in anderen Ländern lamentiert wird.

Helmut Scholz, Mitglied des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS, Politischer Koordinator des Sekretariats der Europäischen Linkspartei

... und wieder eine Wende

Von der PKZ zur Grunddaten-Überwachung

Für jeden Menschen gab es seit 1970 in der DDR eine Personenkennzahl, eine PKZ. Als über die DDR die BRD kam, musste die PKZ abgeschafft werden, weil sie, so die Deutung, ein Instrument zur Unterdrückung war und von den Vollstreckern der Diktatur allein zur Kontrolle der Bevölkerung diente. Über diese Interpretation ließe sich streiten. Es braucht ein bisschen Zeit und siehe da: Der Bundesrat stimmte kürzlich zu, eine Verordnung zur Einführung einer einheitlichen Identifikationsnummer zu erlassen. Das Ziel besteht primär im besseren Datenabgleich. Zu glauben ist das wohl. Erfasst werden Angabe zum Familiennamen, eventuell frühere Namen, Vornamen, akademischen Grad, Künstlernamen, Geburtsdaten, Geschlecht, Wohnanschrift. Abgesehen davon, dass über diesen Weg Sozialbetrug (was für ein feines Wort sie sich da ausdachten!) und Steuerhinterziehung kleinerer Beträge (großer Betrug ist bekanntlich verfolgungsunwürdig wie wir seit Ackermann & Co. wissen) erschwert werden sollen, wird der Datenschutz mit der I-Nummer im Wesen aufgehoben.

Parallel zu dieser Verordnung beschloss der Bundestag Anfang Dezember 2006 die Einrichtung der Anti-Terror-Datei. Wie ein Schwamm wird diese Da-

ten saugen, unterstützt mit größter Wahrscheinlichkeit von der Identifikationsnummern. Der Minister, der in jedem Kasperletheater die Rolle des Teufels zugewiesen bekäme, versucht abzuwiegeln. Wer nichts zu verbergen hätte, bräuchte nichts zu befürchten. Inzwischen werden „Grunddaten“ gespeichert und darüber hinausgehende Informationen wie Religionszugehörigkeit, Familienstand, Kontaktpersonen, Telefonnummern, Bankverbindungen, Schul- und Berufsausbildung, Reisetätigkeit. Achtunddreißig (!) Geheimdienst-, Polizei- und Zollbehörden werden die Dateien nutzen dürfen. Frohes Jagen! Polizei-, Überwachungsstaat, nein, das war die DDR, damit habe das alles nichts zu tun. Im Gegenteil, es müsse alles getan werden für die Sicherheit der Bürger. Mit Sicherheit, mit Sicherheit!

1976 stellte der Rechtsausschuss des Bundestages fest, dass „die Entwicklung, Einführung und Verwendung von Nummerierungssystemen, die eine einheitliche Nummerierung der Bevölkerung im Geltungsbereich dieses Gesetzes ermöglicht, unzulässig ist.“ Dreißig Jahre hat's gebraucht sowie der Erfahrungen der DDR und wir haben wieder eine PKZ, mit nur elf, statt damals zwölf Ziffern und selbstverständlich mit weitaus besser Qualität. *Till*

Gefahr „schlimmer Missdeutungen“

Stefan Doernberg zum Gedenkstein für Stalinismus-Opfer in Berlin-Friedrichsfelde

Den Beitrag „Gedenk-Stein des Anstoßes“ („ND“ vom 6. 12.) habe er „mit einigem Erstaunen“ gelesen, teilte uns Prof. Dr. Stefan Doernberg mit. Darin habe die Berliner Redaktion „sehr eindeutig den Standpunkt von einigen Mandatsträgern der Linkspartei.PDS in Berlin-Lichtenberg propagiert“. Dem sei von ihm in einem Schreiben an die Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich „nicht nur als Historiker widersprochen“ worden. Der Autor gestattete uns den Abdruck seines Schreibens (Auszüge). – „Neues Deutschland“, 8. 12. 2006

Ich gehöre zu jenen, die nach dem heutigen allgemeinen Verständnis sich als Opfer des Stalinismus bezeichnen können. Ich wurde 1938 aus der Sowjetunion ausgewiesen, nachdem mein Vater grundlos verhaftet worden war. Nur dank günstiger Umstände und dem Eingreifen von Kalinin als offiziellem Staatsoberhaupt sowie der Witwe von Lenin konnte ich in Moskau bleiben. Nach dem Abschluss des Abiturs habe ich mich noch am 22. Juni 1941 freiwillig zur Roten Armee gemeldet, nahm in ihren Reihen 1945 dann an der Befreiung von Berlin, meiner Geburtsstadt, teil. Darüber habe ich ausführlich in meinen Erinnerungen berichtet, in denen ich mich auch zu einer fundierteren historischen Bewertung jener Deformationen des Sozialismus und der abscheulichen Verbrechen entschloss, die nicht zuletzt mit dem Namen Stalins verbunden sind.



Entsprechend dem medial erdrückenden „Zeitgeist“ und der auf ihn pochenden Deutungshoheit über ein verbindliches Geschichtsbild wird der Begriff „Stalinismus“ mit Sozialismus oder Kommunismus und in der Bundesrepublik insbesondere mit der Geschichte der DDR oder der „SED-Diktatur“ gleichgesetzt.

Bis heute gibt es aber keine Klarheit darüber, was denn „Stalinismus“ bedeutet. Es ist ja wohl auch nicht zufällig, dass der Begriff „Hitlerismus“ oder ein ähnlicher nur auf eine Person bezogener nicht den Eingang in die Geschichtsforschung gefunden hat. Nach meiner Auffassung hat man gerade in Deutschland – mir ist nicht bekannt, dass sonst wo dieser Begriff eine solche Verbreitung gefunden hat – diesen personifizierten Terminus ausgewählt, um nicht zu deutlich in die Tradition des reinen und vom Faschismus auf die Spitze getriebenen Antikommunismus oder gar Antisozialismus zu gelangen.

Die PDS hat bei ihrer Gründung auch eine notwendige Abkehr vom „Stalinismus“ gefordert. Wirklich definiert hat sie ihn nicht. Das war aber nicht die Hauptforderung. Vielmehr ging es um den Erhalt der DDR, und zwar als

demokratisch reformierter sozialistischer Staat. Deshalb kann man wohl die heutige Situation nicht mit der von 1989/90 vergleichen.

Um es ganz deutlich zu sagen: Stalin hat mit seinen Verbrechen, vor allem auch engagierten Kommunisten, dem Sozialismus und seiner Idee einen Schaden zugefügt, der heute noch nachwirkt und schwer zu bemessen ist. Dazu stehe ich, wenn sein Platz in der Geschichte auch nach wie vor durch unterschiedliche Deutungen umstritten ist.

Ich habe auch nicht die geringsten Einwände dagegen, an einer mehr geeigneten Stelle und mit einem entsprechenden Text an negative Seiten auch in der Geschichte von Staaten zu erinnern, die sich als sozialistische Staaten bezeichneten und mit den Verbrechen des Kapitalismus für immer aufzuräumen versprochen. Die Gedenkstätte der Sozialisten ist wohl nicht der geeignete Ort.

Die für Friedrichsfelde vorgesehene Aufschrift kann nur zu schlimmen Missdeutungen führen. Nicht zuletzt zu der ja gewollten Gleichsetzung von faschistischer und kommunistischer Herrschaft. Mehr noch sind wir eigentlich Zeugen, dass mehr Mittel und propagandistischer Aufwand für die Verurteilung von 40 Jahren DDR als von 12 Jahren „Drittes Reich“ aufgewandt werden.

Es würde gerade dem Bezirk Lichtenberg zur Ehre gereichen, den angesagten Termin

der Einweihung erst einmal abzusagen oder auf ein noch nicht bestimmtes Datum zu verschieben. Mein Vorschlag ist, nochmals über das ganze Projekt und seine konkrete Ausführung nachzudenken und hierzu auch eine etwas breitere Diskussion nicht zuletzt mit jenen zu führen, die zu den eigentlichen Opfern gehören. Wir wollen doch nicht, dass alle Opfer des Zweiten Weltkriegs wie auch des Kalten Krieges, schon gar nicht Kriegsschuldige und sonst wie Belastete oder ihre Nachkommen bzw. jüngere wie ältere Nachbeter Demonstrationen zu diesem Gedenkstein unternehmen.

Unklar ist für mich auch, bei wem denn die Entscheidungshoheit für eine solche weitgehende und umstrittene Veränderung des Friedhofsteils liegt, in dem sich die Gedenkstätte der Sozialisten befindet. Gibt es einen Eigentümer? Zumindest dürfte das Bezirksamt, wenn nicht der Senat, das Recht haben, Einwände durchzusetzen.

Noch ist es nicht zu spät für eine Schadensbegrenzung und die Möglichkeit, mehr Zeit für ein bestimmt sich auch später auszählendes Überdenken zu haben. Das ist mein vordringliches Anliegen, das ich Ihnen persönlich unterbreite.

Mit freundlichen Grüßen
Stefan Doernberg

Fiktionen und Fakten: Erschossen in Moskau – ein mahnendes Totenbuch

Man mag sich fragen, ob es angesichts der emotional-aufgepeitschten Atmosphäre im Lande, der sich in diesem Jahr mehrfach an diversen Anlässen entzündenden erbitterten Debatten klug war, auf dem Sozialistenfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde einen Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus einzuweihen, wie am Montag dieser Woche geschehen. Man kann sich auch darüber streiten, ob dieses Mahnmal an jenem Ort passend ist. Nicht bestritten werden kann indes, dass im 20. Jahrhundert Sozialisten oft genug der Sozialisten ärgste Feinde waren (als

ob sie nicht genug wirkliche Feinde hatten). Aktennotorisch ist, dass sie sich gegenseitig diffamierten und denunzierten respektive daran beteiligt waren, ob gewollt oder nicht, freiwillig oder unfreiwillig. Darüber zu schweigen, wie



Jahrzehnte geschehen, ist gelinde ausgedrückt unklug. Und das ist auf einem Sozialistenfriedhof durchaus zu erinnern.

„ND“ hat in in den 90er Jahren Listen mit Namen von in Butowo bei Moskau 1937/38 erschossenen deutschen Sozialisten, Kommunisten, Parteilosens, Facharbeitern veröffentlicht. Zusammengestellt von der Moskauer Forscherin Natalia Mussienko, übersetzt von Ulla Plener. Inzwischen wurden weitere Opfer bekannt. Dieses Buch listet 567 Namen auf, Schicksale, deren Tragik unvorstellbar, kaum benennbar ist. Da wurde das Leben von gutgläubigen, aufrechten, „der Sache“ treu ergebenen Menschen mit einem Federstrich und einer Gewehrsalve ausgelöscht. Verhaftet von pervertierten Sicherheitsorganen, verurteilt von einer Pseudojustiz auf der Grundlage fiktiver Anklagen. Viele Opfer gestanden ihre „Verbrechen“. Warum? Ulla Plener bietet im Nachwort „Der Massenterror: Fiktionen, Fakten und Folgen“ Erklärungsversuche.

Auf Stalins Blutkonto geht der Mord am jungen Paul Niederkirchner, Bruder von Katja Niederkirchner. Als sie 1944 mit dem Fallschirm über faschistisch besetztem Land abgesprungen ist, war er bereits sechs Jahre tot, verscharrt in einem Massengrab bei Moskau. Sie fiel der Gestapo in die Hände und wurde am 28. September 1944 im KZ Ravensbrück ermordet. Er ward der Spionage für die Deutschen beschuldigt und am 19. Oktober 1938 vom NKWD-Exekutionskommando erschossen worden. In diesem Totenbuch stößt man auf viele bekannte Namen, so Hugo Eberlein, Mitbegründer der KPD und Mitglied des Exekutivkomitees der Komintern, verhaftet am 26. Juli 1937 und am 30. Juli 1941 zum Tode verurteilt – acht Tage nach Hitlers Überfall auf die UdSSR! Der Vater des späteren 1. Sekretärs in Magdeburg war bestialisch gefoltert worden. Zu den prominenten Opfern gehört auch der Jurist Felix Halle, Autor einer populären Broschüre, die in der Weimarer Republik Rat gab, wie sich Proletarier vor Gericht verteidigen. Er selbst bekam keine Chance zur Verteidigung vor der NKWD-Kommission, die unter der abstrusen Anschuldigung „konterrevolutionärer, trotzkistischer Tätigkeit“ am 5. September 1937 über ihn den

Stab brach (am 8. Dezember d. J. erschossen). Ganze Familien wurden von Stalins Henkern „liquidiert“, wie etwa die Familie Huth. Natalia Mussienko und Ulla Plener nahmen auch Personen in ihr Gedenkbuch auf, zu denen sich dürftigste Angaben in den Akten fanden, wie bei Paul Zündel, über den nur vermerkt ist, dass er 1909 in Halle das Licht der Welt erblickte und am 3. November 1937 im „Vaterland der Werktätigen“ erschossen wurde. Ausführlichere Notizen hinterließen die Bürokraten des Todes zu Karl Schmückle, Publizist und Mitarbeiter des Moskauer Marx-Engels-Instituts – am 14. März 1938 erschossen. Über dessen „Verhängnis“ hat Reinhard Müller neue, bittere Details in den Archiven gefunden und jetzt in „Mittelweg“ publik gemacht. Schmückle hatte ein Essay für Bechers Zeitschrift „Internationale Literatur“ verfasst. Darin schrieb er: „Der ‚Don Quijote‘ war die stärkste Waffe in den Händen der Bourgeoisie in ihrem Kampfe gegen den Feudalismus, gegen die Aristokratie. Das revolutionäre Proletariat braucht wenigstens einen einzigen kleinen Cervantes, der ihm eine ebensolche Waffe im Kampf geben könnte.“ Wenige Wochen darauf war in der „Literaturnaja Gazeta“ das Todesurteil gegen Schmückle antizipiert: Er sei ein „Trotzkist“. Schriftstellerkollegen, darunter Georg Lukács, standen ihm nicht bei, rückten ab, belasteten ihn gar.

Ebenfalls unglaublich, aber wahr: Auch im heutigen Russland erfolgen die Rehabilitierungen nur halb- und kaltherzig. „Alles nur ein bürokratischer Vorgang, schlampiger Umgang mit Namen und Lebensdaten und – keine Entschuldigung, kein Wort des Bedauerns“, beklagt Ulla Plener.

Ein erschütterndes Buch. Es soll jeder schweigen, der über diese Toten nicht sprechen will.

Karlen Vesper, „Neues Deutschland“, 14. 12. 06

Verurteilt zur Höchststrafe: Tod durch Erschießen. Todesopfer aus Deutschland und deutscher Nationalität im Großen Terror in der Sowjetunion 1937/1938. Hrsg. Ulla Plener und Natalia Mussienko, Texte 27 – Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2006/03, www.rosalux.de – PDF [1530 KB], 168 S., 12,90 €, dietz berlin, ISBN 3-320-02080-3

Gute Ernte

Über den Wandel des Symbols und den erfolgreichen Wahlkampf der Sozialistischen Partei der Niederlande



Bei meinem Gastgeber in Rotterdam, Mathijs Spaas, steht auf einer Staffelei ein unvollendetes Bild. Ich erkenne die Köpfe von Marx, Engels, Lenin, Mao.

Ist ja toll, denke ich und versuche, mich auf einige Überraschungen einzustellen. Seine Wohnung ist mit Büchern überladen. In der kleinen, aber üppig mit Gewürzen jeder Art ausgestatteten Küche kocht er am ersten Abend erst mal vegetarisch. Ohne Tomaten. Ausgehungert durch Anreise mit Billigflieger und Transfer mit Doppelstockzug von Amsterdam hatte ich mir wenigstens ein Fischgericht gewünscht. Bei so viel Wasser von oben, es regnete, und überhaupt ist dieses Land ja zwischen Wasser und irgendwie auch auf Wasser gebaut. Über die Kartoffeln und den Blumenkohl wurde eine leckere Käsesoße gegossen, und das war dann wieder stimmig.

Danach setzte er sich an seinen Computer und beantwortete E-Mails, von denen täglich über 500 eintrafen. Schließlich waren wir in der heißen Wahlkampfphase, und er ist der persönliche Mitarbeiter des Generalsekretärs und Wahlkampfleiters der Sozialistischen Partei (SP). Der direkte Kontakt zum Wähler wurde zu unserem Dauerthema für die nächsten 14 Tage. Schließlich war ich bei der Partei gelandet, die sich um „die kleinen Leute“ kümmert. Dass sie sich mit einer roten Tomate schmückt, nicht mit Hammer, Sichel oder Fischharpune und dass die Tomate in Holland zum Symbol einer Protestpartei avanciert ist, kann einfach als ein trivial-genialer Vorgang im Land der Designer und Architekten bezeichnet werden. Die Tomate – ein Logo, eine Marke, rot mit einem herausgeschnittenen Stern; vor Jahren noch ein Wurfgeschoss, von links nach rechts zu werfen, eben eine Protesttomate gegen das

Establishment. Jetzt schon eine Design-Tomate, die nicht nur auf Plakaten und Flyern abgebildet wird, sondern auch gern auf Westen, Taschen und T-Shirts getragen wird.

Das reichte den Marketingstrategen noch lange nicht. Alle Sinne sollen angesprochen werden. Und so löste der Suppen-Express der SP, auch Rote Gefahr genannt, Pawlowsche Reflexe aus, wenn die Tomatensuppe im Straßenwahlkampf gereicht wurde – in der kleinsten Suppenfabrik der Niederlande aus italienischen Tomaten produziert. Kreiert hat das Geheimrezept der Gourmetkritiker Johannes van Dam. Lekker, wie auch der Holländer sagt, und es war klar, die Produktion

musste irgendwann ins Stocken geraten. Der Bedarf an Tomatensuppe überflügelte die langweiligen Kaffee- und Teeangebote der konkurrierenden Parteien. Das logistische Nadelöhr, der Suppen-Express selbst, vom

namhaften Künstler Joep van Lieshout gestaltet – ein optischer Blickfang mit höchster Funktionalität, Kochstelle mit Gas, Stauraum für die Tomatengläser, Fächern für Wahlmaterial usw. und selbstverständlich im Straßenverkehr zugelassen –, hätte wahrscheinlich mehrfach geklont werden können.

Die Tomate wurde bis in die letzte Kommunikationspore gedacht und so perfekt inszeniert, dass mich, der ich die ständigen Debatten um das einheitliche Erscheinungsbild nicht mehr hören kann, Tomatengerichte jeglicher Art schon im Schlaf verfolgten.

... Ist nun die Tomate daran Schuld, dass die SP die Zahl ihrer Parlamentssitze fast verdreifachte und bei Umfragen die höchsten Sympathiewerte für ihre Kampagne erhält?

... Die Realität nach der Parlamentswahl am 22. November wurde als Chaos bezeichnet. Balkenende bleibt im Amt. Eine klare

SP

Mehrheit für eine Regierungskoalition ist nicht in Sicht. Auch für linke Bündnisse reicht es nicht.

Von den 150 Sitzen im Parlament erlangten der CDA 41 Mandate (-3), die oppositionellen Sozialdemokraten (Partei der Arbeit, PvdA) 31 Sitze (-9), die liberale Volkspartei für Freiheit und Arbeit (VVD) 22, bisheriger Koalitionspartner der CDA. Die rechtsgerichtete Freiheitspartei legt mit neun Sitzen deutlich zu.

Größter Gewinner der Wahl ist jedoch die „Rote-Tomate-Partei“. Sie steigert ihre Sitze von neun auf 25 und ihre Mitgliederzahl auf 50 700, ein Zugewinn innerhalb weniger Wochen um mehrere Tausend. Damit ist die SP die drittstärkste politische Kraft. Königin Beatrix war nicht wirklich beunruhigt, da die SP als erklärte Gegnerin der Monarchie diese Position nicht zum Wahlkampfthema gemacht hat; fast 80 Prozent befürworten die Monarchie in den Niederlanden.

Wahrscheinlich findet sie auch Jan Marijnissen, den SP-Vorsitzenden, ganz nett. Den Mann, der in Umfragen höchste Sympathiewerte holte, als Medienstar begehrt, als Robin Hood betitelt und von seiner Partei geliebt. Er gilt als kompromisslos, radikal, aber demokratisch und zuverlässig.

Die ersten Analysen bescheinigen der SP, im Wahlkampf so ziemlich alles richtig gemacht zu haben. Unter Gewerkschaftern haben sich 35 Prozent für die SP entschieden,

ebenso ein hoher Teil von Mitarbeitern des Gesundheitswesens. Eine Radio-Umfrage unter Rock- und Popmusikern ergab 60 Prozent Zustimmung zur SP. Beeindruckt hat mich, als ich mit vier Wahlkampfaktivisten morgens um sechs am Tor 5 der Shell-AG, Raffinerie Rotterdam, bei Schichtwechsel innerhalb einer Stunde tausend Flyer verteilte, und es bloß zehn Ablehnungen gab.

Die SP trat mit einem 10-Punkte-Programm an, gedruckt in kurzer Fassung ausschließlich mit Schlagzeilen und in zwei längeren Varianten. Unter der Überschrift „Für eine besseres Niederlande für das gleiche Geld“ knüpft die SP als Partei des Alltags, der sozialen Gerechtigkeit, die für „die einfachen Menschen“ da ist, aber auch für die gefährdeten Mittelschichten, an den Alltagserfahrungen der Menschen an, an sozialen, kulturellen und bildungspolitischen Fragen. Sie fordert kleinere Altersheime, Krankenhäuser direkt in den Stadtteilen und mehr Beratungsstellen für Jung und Alt, die Reformierung des Bildungssystems, der Rentenversicherung, sie will bezahlbaren Wohnraum, den Kampf gegen die Kinderarmut, bessere und mehr Infrastruktur in der Nachbarschaft von Polizei und Jugendklub, Umweltschutz und Verzicht auf Kernenergie, Rücknahme bzw. Verhinderung von Privatisierungen bei Bus, Bahn, Gas, Licht. Und sie strebt Veränderungen in der NATO sowie die Stärkung der UNO an.

... Eine wichtige Forderung der SP – generalpardon nu, human asielbeleid nu (Testen Sie Ihre Sprachkenntnisse!) – bezieht sich auf etwa 26 000 Menschen, politische Flüchtlinge, die seit vielen Jahren in den Niederlanden leben und arbeiten und jetzt nach dem Willen von CDA und rechten Parteien abgeschoben werden sollen, da sie keine niederländische Staatsbürgerschaft besitzen. Deshalb ist es nicht ungewöhnlich, dass viele Wahlkampfveranstaltungen in Kirchen und Moscheen stattfinden.

Der Wahlkampf in den Niederlanden unterscheidet sich in vielem von deutschem Prozedere. Öffentliche und private Fernsehstationen verfolgen umfassend den Wahlkampf

aller Parteien und bringen eine Vielzahl an Talk-Sendungen mit den Spitzenkandidaten.

... Eine weitere Besonderheit: Auch die lokalen Wahlveranstaltungen haben unterschiedliche Veranstalter (wie Gewerkschaften, Bibliotheken, Handelshäuser, Kirchen, wissenschaftliche Einrichtungen, Kultureinrichtungen), die sich Vertreter der Parteien zum Meinungsstreit einladen. Der Anteil dieser Veranstaltungen ist sehr hoch, mit guter Beteiligung des Wahlvolkes. Auch hier herrschen eine kulturvolle Atmosphäre und hohe Veranstaltungsdisziplin. Kulturelle,

künstlerische Darbietungen gehören oft und selbstverständlich mit dazu.

... Als Partei, erläutert mir ein Mitarbeiter, habe die SP die Ideologie des Maoismus schon lange abgeworfen, aber die Organisationsdisziplin ist geblieben.

Ich bin mir nicht sicher, ob sich unsere niederländischen Freunde auf ein Tauschgeschäft Rote Socken gegen Tomatensuppe einlassen würden. Irgendwie sind sie auch sympathisch fanatisch ...

Gert Gampe, Mitarbeiter in Bundesgeschäftsstelle der Linkspartei.PDS, „DISPUT“ 12/06

Geschonnecks Jahrhundert

27. Dezember 2006 – Erwin Geschonneck wird 100 – wir gratulieren, auch mit Stolz!

„Am Geschonneck konnscht sehen, was an Kunschtler is ...“ Diese Mitteilung stammt von Bert Brecht. Sie galt einer unfreiwilligen Improvisation Geschonnecks in einer Voraufführung von Strittmatters „Katzgraben“ 1953. Während ein Schauspieler in seiner Garderobe hinter der Bühne geweckt werden musste, ließ Geschonneck auf der Bühne eine Zigarrenkiste fallen und sammelte deren Inhalt wieder auf. „Mit nix als mit'm Arrrsch allein das Publikum so gut unterhalten, daß's nicht merkt, auf der Bühne werden keine Jamben mehr gesprochen.“ Brechts Meinung über Geschonnecks Schauspielkunst fiel nicht durchgängig so lobend aus, als er wenige Monate später mehrfach in Briefen versuchte, ihn am Berliner Ensemble zu halten. Doch Erwin Geschonneck reizte der Film. Immerhin hatte seine „Filmkarriere“ als Fichte-Sportler-Statist bei „Kuhle Wampe“ 1931 begonnen. Darauf hat Erwin Geschonneck den Regisseur Slatan Dudow aufmerksam gemacht, als er 1952 im DEFA-Film „Hauptmann von Köln“ spielte. Den Brecht sah er 1931 bei den Massenszenen von „Kuhle Wampe“ nur von Weitem, mit langem Mantel, ein Prominenter eben.

Das Leben des Erwin Geschonneck ist schier unglaublich. Zuerst, denke ich, wird er sich freuen, dass seine Grundschule am



Beim 2. Parteitag der PDS 1990. Erwin Geschonneck (l.) war viele Jahre Mitglied des Ältestenrates der Partei

Koppenplatz in Berlin-Mitte heute das Theaterhaus Mitte ist und jungen Schauspielern Gelegenheit gibt, zu experimentieren und sich in kleinen Festivals mit Kolleginnen und Kollegen aus Polen und Frankreich zu treffen.

Geschonneck wuchs in der Ackerstraße auf. Aus einem Künstlerhaushalt kam er nicht.



Doch rings um sein Wohnquartier gab es neben der alltäglichen Prostitution Theatergruppen, Witwenbälle, gute Kontakte zur jüdischen Gemeinde.

Wenn bei der AEG gestreikt wurde, dann wurde bei Karbidbeleuchtung geschwoft. Schon als 13-Jähriger war er dabei. Tanzen bleibt in seinem unsicheren und harten Leben damals sein wichtigstes Vergnügen. In seinen 1984 erschienen Erinnerungen „Meine unruhigen Jahre“ kann man nachlesen, was Erwin Geschonneck an der Börse, als Sandwichboy und als Mitglied eines Hochtemplerordens über das Leben lernte.

Eines wurde immer klarer: Er wollte sein Leben in die eigenen Hände nehmen. Er kam zum Fichtesportbund, mit marxistischer Literatur und vielen Genossen in Kontakt. Im Gegenzug sang er den Fichtesportlern alle Songs aus der „Dreigroschenoper“ vor. Politik, Kultur und Sport gehörten ganz unmittelbar zusammen. „Es waren doch schöne Zeiten, trotz des Kapitalismus“, schrieb Paule Becker, sein Bürge beim Eintritt in die KPD 1929, als er nach dem Zweiten Weltkrieg Bilder von Wanderfahrten nach Nassenheide aus dieser Zeit an Geschonneck schickte.

1933 ging er ins Exil. In Agitprop- und Theatergruppen lebte der Kommunist Geschonneck in Prag, Warschau, Moskau und Dnepropetrowsk. Zu seinen engen Freunden gehörten Lotte Loebinger, Walter Grün und Gustav Wohl. Utopien von Kunstkombinaten, Experimente zwischen Kunst und Leben prägten diese Zeit genauso wie die Bedrückungen, dass Freunde in der Sowjetunion verhaftet wurden. 1938 nach Prag zurückgekehrt, spielte die Freie Deutsche Spielgemeinschaft eine Rattenfängersatire nach einer Geschichte der Bürger von Schilda. Im tschechischen Liberec wurde am 26. und 27. Juni mit eigenwilligen Abänderungen bekannter Schlachtrufe, wie zum Beispiel „Ein Dorf, ein Elend, eine Ratte!“, vor dem gewarnt, der kurze Zeit später den Einmarschbefehl gab.

Nach seiner Verhaftung am 31. März 1939 durch die SS und in den entsetzlichen Jahren der Haft in Konzentrationslagern gibt ihm

die schauspielerische Berufung die Kraft zum Überleben. Nach 1943 wurden Fußball und Theater unter absurden Umständen in den Konzentrationslagern erlaubt, damit man aus den Häftlingen das Letzte herausholen konnte, um der Rüstung Nachschub zu liefern. Über das Ritterstück „Die Blutnacht auf dem Schreckenstein ...“, welches im KZ Dachau entstand und unter extremer Zensur zur Aufführung gebracht wurde, kann man nachlesen: „Der Adolar des Erwin Geschonneck war die Hitlerpersiflage einer ‚Pfeffermühle‘ im Konzentrationslager und wurde von den Gefangenen als solche auch erkannt.“

Erwin Geschonneck war einer der wenigen Überlebenden des Häftlingsschiffes „Cap Arcona“, das am 3. Mai 1945 vor der Lübecker Bucht sank.

Als ich über die Geschichte der „Cap Arcona“ nachforschte, erinnerte ich mich, dass meine Großeltern von Hamburg nach Rio de Janeiro mit dem Schiff auswanderten, 1928. Das war die Strecke der „Cap Arcona“ zu dieser Zeit. Dort ist meine Mutter geboren. Doch meine Großeltern kamen nach Deutschland zurück, sonst hätte ich wohl kaum so viele Filme mit Erwin Geschonneck gesehen.

Denn ich habe ihn als Filmschauspieler kennen gelernt, mehr als ein halbes Jahrhundert nach seinen Kindertagen vor dem Ersten Weltkrieg in Berlin, nach seinem Leben im antifaschistischen Widerstand. Zuerst war er für mich der Holländer-Michel im „Kalten Herz“. Dann erinnere ich mich mit großem Vergnügen an meinen ersten Roadmovie „Karbid und Sauerampfer“. Den sah ich in einem kleinen Magdeburger Studiokino bestimmt 15 Jahre nach seinem Erscheinen. Ich konnte kaum glauben, dass man so lockere Filme, so abstruse Geschichten, so urkomische Sinnlichkeit, einen Rohköstler auf Reisen, umrahmt von frecher Musik, im Jahre 1963 inszeniert hatte. Da merkte ich mir schon den Namen, Erwin Geschonneck. In der Studiokino-Retrospektive kam in der gleichen Woche der gerade erschienene „Anton der Zauberer“. Wegen Überfüllung,



Bildquelle: Peter Kroh, aus „Neues Deutschland“ vom 27.12.2006

aber treuer Kinogängerschaft gestattete die Kinoleiterin einen Platz in einer Art Dolmetscherkabine mit Sessel, Aschenbecher und Tischchen. In derart privilegierter Zuschauerposition konnte ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass DEFA-Filme mehr über das Leben und die Geschichte meines Landes erzählten, als den politischen Verlautbarungen lieb war. So lehrten mich Geschonneck und andere, den Alltag genauer nach seinen Widersprüchen zu durchforsten. So hat mich Unterhaltung ganz unmerklich auf neue Weise politisiert. Wenn ich heute noch nicht Mitglied der Linkspartei.PDS wäre, wegen Geschonneck würde ich eintreten.

Ich habe erst später erfahren, was es für ihn als KZ-Häftling bedeutet hat, den Krämer in „Nackt unter Wölfen“ zu spielen. Als ich das erste Mal auf dem Ettersberg stand, mit dreizehn Jahren, Anfang der Siebziger, kamen zu den Filmbildern die Dokumentaraufnahmen vom Konzentrationslager Buchenwald. Bis heute steigt mir die Wut hoch, wenn antifaschistischer Widerstand graduiert wird,

anstatt seine Erinnerung lebendig zu halten. Es war der Kommunist Erwin Geschonneck, der unterschiedliche Wege zum antifaschistischen Widerstand künstlerisch gestaltet hat. „Durch eine besondere Rolle machte ich eine wichtige Erfahrung. Sie bewahrte mich vor der Gefahr, irgendwann einmal nur noch Denkmalsfiguren antifaschistischer Kämpfer darzustellen. Sie war überhaupt für meine Entwicklung von großer Bedeutung.“ So schrieb er in „Meine unruhigen Jahre“ über die Rolle des Ebershagen, die in einem Fernsehfüfiteiler die Wandlungen eines deutschen Offiziers, beginnend mit der Schlacht um Stalingrad, erzählt. Wahr ist, dass Rudolf Petershagen die Stadt Greifswald kampfflos der Roten Armee übergab und damit Tausenden das Leben rettete. Beeindruckend schildert Geschonneck auch die Wirkungen dieses Films in der Sowjetunion, seine Reichweite bis Schweden, wenn auch die Ankunft in der DDR dort einfach weggelassen wurde.

„Jakob der Lügner“ (1974) war der einzige DEFA-Film mit einer Oskar-Nominierung.

Heute treibt mich um, dass unsere Kinder ohne unser Zutun keinen dieser Filme sehen, nicht in der Schule, nicht außerhalb, es sei denn, wir haben den Kinoersatz im Haushalt, als DVD; es sei denn, ein Lehrer versucht aus eigener Verantwortung wenigstens, vor Erreichen der 10. Klasse in der Geschichte des 20. Jahrhunderts anzukommen.

Es drohen die Fäden zu reißen, die Erwin Geschonneck als politischer Mensch und Schauspieler geknüpft hat. Zeigen wir, wo immer ein DVD-Player herumsteht, seine Filme, um politisches Denken ganz unmittelbar zu wecken, Erinnerungen genau zu erzählen, heitere und klare Bilder zu produzieren, die bleiben, die uns wach halten, die zum einen eine Neuaneignung des Antifaschismus er-

möglichen und die zum anderen von einer widersprüchlichen DDR etwas erzählen, hoffnungsvoll und eigenwillig, träumerisch und ehrlich.

Am 27. Dezember dieses Jahres feiert Erwin Geschonneck seinen 100. Geburtstag. Ich gratuliere voller Wehmut, weil ich zu jung bin, um den Jubilar als „Matti“ am Berliner Ensemble gesehen zu haben. Ich gratuliere voller Bewunderung, denn was ich sehen konnte, sind unzählige unruhige Jahre voller Schauspiel- und Lebenskunst. Ich gratuliere voller Stolz, denn meine Kinder haben mir die Filme schon entrissen und in ihre Regale gestellt!

Konstanze Kriese
aus „DISPUT“, 12/2006

Online-Shop

Hier können Sie politische Literatur, Organisationsmaterial, aber auch Werbemittel und Fan-Artikel der Linkspartei.PDS bestellen.

www.sozialisten.de/shop

Veranstaltungen im LOS

(Auswahl)

10. Januar, 14 Uhr, Schöneiche, Rüdersdorfer Straße 65 (Gemeindehaus „Helga Hahne-
mann“),

Erhöhte Gaspreise – wie kann ich mich wehren?

MdL Renate Adolph im Gespräch mit Hartmut G. Müller, Verbraucherzentrale Brandenburg

16. Januar, 19 Uhr, Erkner, Neue Zittauer Straße 15 (Stilbruch),

„Der Sozialstaat als Sozialfall“

MdL Renate Adolph im Gespräch mit Wolfgang Neskovic, Bundestagsabgeordneter, Bundesrichter a.D.

Die Linkspartei.PDS Oder-Spree

Kreisgeschäftsstelle
Schloßstraße 7 • 15517 Fürstenwalde
Tel. (033 61) 3 30 69
Fax (033 61) 34 26 24
E-Mail kontakt@linke-oder-spree.de
geöffnet Mo.–Do. 9–12, 13–17 Uhr
Fr. 9–13 Uhr
Kasse Di. 13–17 Uhr, Do. 9–12 Uhr

Herzlichen Glückwunsch!



7.2. Erika Herms	Eisenhüttenstadt	85 J.
11.2. Heinz Paschke	Schöneiche	80 J.
15.2. Siegfried Brämick	Eisenhüttenstadt	81 J.
16.2. Werner Michelbach	Fürstenwalde	87 J.
17.2. Ursula Matthias	Fürstenwalde	81 J.
17.2. Rudolf Ulbticht	Eisenhüttenstadt	84 J.
26.2. Heinz Schroeder	Bad Saarow	81 J.
28.2. Richard Kemm	Eisenhüttenstadt	82 J.
28.2. Egbert Langhof	Beeskow	70 J.
28.2. Gümther Neumann	Fürstenwalde	80 J.

Alles öffentlich

Sitzungen im Januar/Februar 2007

■ DIE LINKE.PDS-Fraktion des Kreistages Oder-Spree

Öffentliche Fraktionssitzungen: 9.1., 23.1., 27.2. jeweils 19 Uhr; Orte bitte bei Fraktionsgeschäftsführerin oder in der Geschäftsstelle erfragen
Fraktionsgeschäftsstelle: 15517 Fürstenwalde, Schloßstraße 7, Tel. (033 61) 3 30 69, Fax 34 26 24
Fraktionsgeschäftsführerin: Monika Pooch, 15518 Beerfelde, Jänickendorfer Str. 55, Tel. (03 36 37) 3 88 42, Fax (03 36 37) 3 88 43, E-Mail: emk.pooch@t-online.de
DIE LINKE.PDS-Geschäftsstelle: 15517 Fürstenwalde, Schloßstraße 7, Tel. (033 61) 3 30 69, Fax 34 26 24

■ Ausschüsse des Kreistages Oder-Spree

Haushalts- und Finanzausschuss	8.1., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Werksausschuss Rettungsdienst	11.1., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Kreisausschuss	17.1., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Rechnungsprüfungsausschuss	12.2., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Ausschuss f. Soziales, Bildung, Kultur und Sport	13.2., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Werksausschuss KWU	14.2., 18.00 Uhr, Fürstenwalde, K.-Marx-Str. 11 (KWU)
Ausschuss f. Recht, Ordnung und Landwirtschaft	15.2., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Werksausschuss Burg Beeskow	20.2., 18.00 Uhr, Beeskow, Burg
Ausschuss f. Wirtschaft, Umwelt, Bauen	21.2., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Jugendhilfeausschuss	22.2., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Haushalts- und Finanzausschuss	26.2., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127

■ Kreistag Oder-Spree

31.1., 17.00 Uhr, Beeskow, Schützenhaus

Zivilcourage vereint! Wettbewerbsbeiträge bitte senden an:

Wahlkreisbüro Strausberg, im LinksTreff am Tor, Wallstraße 8, 16344 Strausberg
Tel. (033 41) 30 39 84, Fax (033 41) 30 39 85, dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de, Bernd Sachse
Wahlkreisbüro Bernau, im Bürgerzentrum, Berliner Straße 17, 16321 Bernau bei Berlin
Tel. (033 38) 45 95 43, Fax (033 38) 45 95 44 / -49, wkb-d.enkelmann@t-online.de, Bärbel Mierau

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „Widerspruch“ im Die Linke.PDS-Kreisverband Oder-Spree; Schloßstr. 7, 15517 Fürstenwalde (Spree), Tel. (033 61) 3 30 69, Fax (033 61) 34 26 24, E-Mail: oder.spree@pds-brandenburg.de
Redaktion: V.i.S.d.P. - Peter Hochmuth, Tel./Fax (033 62) 55 96, E-Mail: Peter-Waltraud-Hochmuth@t-online.de
Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich); Redaktionsschluss: 1. Tag des Monats; Auflage: 1 500 Exemplare; Satz: Satzstudio Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de; Druck: TASTOMAT Druck GmbH, 15345 Eggersdorf
Der „Widerspruch“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 € - im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle LeserInnen werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „Widerspruch“ auf das Konto 3 410 533 965, BLZ 170 550 50 bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten des Die Linke.PDS-Kreisverbandes LOS oder in der Kreisgeschäftsstelle Die Linke.PDS (Schloßstr. 7, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.



Dagmar Enkelmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin der
Bundestagsfraktion DIE LINKE.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Wettbewerb

Was wir suchen

Gewaltfreie, phantasievolle
Wettbewerbsbeiträge gegen
Rechtsextremismus und
Fremdenfeindlichkeit:

eher künstlerisch- gestaltender Art, wie

- Plakate und Transparente
- Songs und Gedichte
- Video-Clips
- Drehbücher/Manuskripte für Theateraufführung bzw. Filme
- politische Werbeartikel: Buttons, T-Shirts, Tassen

eher handwerklich- technischer Art, wie

- die Gestaltung einer Internetseite (auf der z. B. über geplante Naziaufmärsche und Gegendemonstrationen informiert wird)
 - das Konzept für eine etwas andere Schülerzeitung
 - der Entwurf eines Handbuchs gegen Rechts
 - das Konzept eines „Demo-Kits“ (Was braucht man, um eine antifaschistische Gegendemonstration zu initiieren und auf ihr zu bestehen? Von A wie Anmeldung bis Z wie Zeugenvernehmung)
 - Ideen zu einer Initiative für Opfer rechter Gewalt
- Zivilcourage vereint!

Zivilcourage vereint!

Was wir wollen

Wir wollen mit unserem diesjährigen Wettbewerb wieder Jugendliche ermuntern, antifaschistische Projekte zu konzipieren und zu realisieren. Wir wollen damit an den 70. Jahrestag der Gründung der Internationalen Brigaden in Spanien erinnern. Auch in diesem Jahr sollen Beiträge im Mittelpunkt stehen, die uns als Linkspartei und unseren Partnern im Kampf gegen neofaschistisches und rechtsextremes Gedankengut helfen. Ganz gleich, ob auf Demonstrationen oder unserer Internetseite.



Was Euch erwartet

Den Gewinnerinnen und Gewinnern des Wettbewerbs winkt eine einwöchige Reise während der April-Ferien 2007 ins Ebro-Tal in Spanien. Im Zentrum des Aufenthalts werden Begegnungen mit Zeitzeugen und der Besuch von Orten des antifaschistischen Widerstands stehen. Trotz des überaus ernststen Hintergrunds unserer Studienreise werden wir selbstverständlich auch erholsame Stunden unter der Sonne Spaniens erleben.

Regularien

Über die Preisträger entscheidet eine fachkundige Jury. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden etwa eine Woche nach Einsendeschluss informiert. Wir bitten um Verständnis, dass wir pro erfolgreichen Wettbewerbsbeitrag nur eine Person prämiieren können. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Eine Barauszahlung der Preise ist nicht möglich.

Weitere Infos

www.zivilcourage-vereint.de
Tel. (0 30) 22 77 17 86
Ansprechpartner: Tinko

Einsendeschluss: 16. 2. 2007
Wettbewerbsbeiträge senden an Wahlkreisbüros des MdB
Dagmar Enkelmann (S. S. 31)

www.zivilcourage-vereint.de

Zivilcourage
vereint!